

In Zukunft investieren

_____ **Schwerpunkt:** Was Entwicklung wert sein sollte _____ **Meinung:** Die internationale Gemeinschaft muss sich in der DR Kongo stärker engagieren _____ Die Folgen des Kahlschlags bei USAID _____

Aus aller Welt: Der anglophone Teil Kameruns kommt nicht zur Ruhe, und Kinder leiden besonders





Foto: ASSOCIATED PRESS / J. Scott Applewhite

Die Kürzungen bei USAID haben Proteste hervorgerufen, S. 7.

Aus aller Welt — 12

- 12 In Kamerun verpassen viele Kinder wegen des anhaltenden Konflikts die Schule, und bisherige Unterstützung greift zu kurz**
Amindeh Blaise Atabong
- 16 Wachstumskritische Wirtschaftsmodelle müssen Länder mit geringen Einkommen besonders einbeziehen**
Daniele Malerba
- 19 Der Brand im Kantamanto-Markt für Gebrauchtkleidung in Ghana zeigt, mit welchen Risiken Menschen im informellen Sektor leben**
Susanne Giese
- 23 Donald Trump ermutigt mit seiner Politik afrikanische Autokraten**
Interview mit Vladimir Antwi-Danso
- 26 Heutzutage: Nachhaltiger Umgang mit nährstoffreichen Mopanewürmern in Simbabwe**
Derick Matsengarwodzi

„In einer Zeit der Polykrisen und wirtschaftlichen Anfälligkeit sind Visionen wie Degrowth und Postwachstum entscheidend, um sich eine andere Welt und eine bessere Zukunft vorzustellen.“

Daniele Malerba, S. 16

5 — Meinung

- 5 Die internationale Gemeinschaft muss zur Situation in der DR Kongo Stellung beziehen**
Miriam Ogutu
- 7 Was deutsche Entwicklungspolitik angesichts der Zerstörung von USAID jetzt tun kann**
Stephan Klingebiel
- 10 ECOWAS sollte auf gute Beziehungen zu den abtrünnigen Staaten Burkina Faso, Mali und Niger setzen**
Eric Tevoedjre

„Viele Beobachter*innen sehen die Autorität der ECOWAS ernsthaft gefährdet.“

Eric Tevoedjre, S. 10

„Kantamanto wächst, aber das Geschäft läuft schlechter“, sagt Janet Kyerewaa, Händlerin für gebrauchte Kleidung, S. 19.



Foto: Susanne Giese

28 — Schwerpunkt —

In Zukunft investieren

29 Auch wenn die USA kein zuverlässiger Geber mehr sind: Aufgeben ist keine Option
Katharina Wilhelm Otieno

30 Zahlen und Fakten zur Entwicklungsfinanzierung
Isah Shafiq

32 „Indigene Völker müssen mit am Tisch sitzen, wenn Verhandlungen über Verträge, Abkommen und Erklärungen zur Entwicklung geführt werden“
Interview mit Hindou Oumarou Ibrahim

36 „Internationale Zahlungen sind keine Almosen“
Interview mit Achim Steiner

40 Die Rolle der BRICS+ bei der Entwicklungs- und Klimafinanzierung
André de Mello e Souza

43 Chancen und Herausforderungen privatwirtschaftlicher Beteiligung an Entwicklungsfinanzierung
Interview mit Helmy Abouleish, Richard Rugendo, James Shikwati und Bruno Wenn

47 Weshalb die FfD4-Konferenz im Sommer der richtige Ort ist, um die internationale Schuldenpolitik zu reformieren
Kathrin Berensmann

50 Wichtige Begriffe der Entwicklungsfinanzierung – ein Glossar
Yabibal Walle



Cover: Nachhaltige Entwicklung benötigt Investitionen.
Für diesen Schwerpunkt haben wir mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz eine Bilderserie zu Entwicklungsfinanzierung erstellt.

Die OECD prognostiziert eine jährliche Finanzierungslücke von 6,4 Billionen Dollar, um die Sustainable Development Goals (SDGs) bis 2030 zu erreichen – aktuell liegt dieses Defizit bereits bei vier Billionen. Der Kahlschlag des amerikanischen Präsidenten bei der US-Entwicklungsbehörde USAID ist hier noch gar nicht eingepreist. Die Weltgemeinschaft muss retten, was zu retten ist, und die Lücken sinnvoll schließen.

3



Gründungsstaaten haben die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) nach fast 50 Jahren verlassen.

Nach dem Austritt von Mali, Burkina Faso und Niger, die bereits seit 2023 gemeinsam die Alliance of Sahel States (Alliance des États du Sahel, AES) bilden, ist die Zahl der Mitglieder damit von 15 auf zwölf Länder geschrumpft.

Die gute Nachricht

Wissenschaftler*innen in China haben einen **Schwamm aus Baumwolle und „Tintenfischknochen“** entwickelt, der **Mikroplastik aus dem Wasser filtert**. Eine von Fachleuten geprüfte Studie bestätigt, dass der Schwamm zwischen 98 und 99,9 Prozent absorbieren kann.

Wie können und sollten Männer zur Überwindung des patriarchalen Systems beitragen?

Für unsere Februar-Ausgabe mit dem Schwerpunkt „Frauen leisten Widerstand“ hat Stephen Mutie von der Kenyatta-Universität aufgeschrieben, was es bedeutet, ein männlicher Verbündeter zu sein. Dieses Zitat aus seinem Text hat eine ziemliche Debatte auf unserer Facebook-Seite ausgelöst.

”

Das Patriarchat wurde von Männern geschaffen und wird von ihnen aufrechterhalten. Durch die Überwindung dieses unterdrückenden Systems können sich nicht nur Frauen, sondern auch Männer von seinen Zwängen befreien.

“

STEPHEN MUTIE

Forscher für Cultural and Gender Studies im Fachbereich Literatur, Linguistik und Fremdsprachen an der Kenyatta-Universität in Nairobi

Möchten Sie wissen, was bei uns während der Gestaltung der vergangenen Ausgabe auf Spotify lief? Die erste E+Z-Playlist ist voller inspirierender Tracks von großartigen Künstler*innen. Hören Sie doch mal rein!



Ein kleines Extra: die feministische E+Z-Playlist



Jetzt Reinhören

KONFLIKT

Die Weltgemeinschaft muss der DR Kongo Aufmerksamkeit schenken

Die Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo eskaliert erneut. Seit Januar hat die Rebellengruppe M23 mehrere wichtige Städte unter ihre Kontrolle gebracht. Die Kämpfe drohen die gesamte Region zu erfassen. Die internationale Gemeinschaft muss Stellung beziehen – nicht zuletzt, weil es um Ressourcen geht, auf die wir alle angewiesen sind.

VON MIRIAM OGUTU

Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Moses Sawasawa



Immer wieder auf der Flucht: Menschen, die durch Kämpfe vertrieben wurden, verlassen ihr Lager nach einem Befehl der M23-Rebellen in Goma.

Der Osten der Demokratischen Republik Kongo ist reich an wertvollen natürlichen Ressourcen und wird seit mehr als 30 Jahren von Unruhen geplagt. Die Ursachen des Konflikts liegen in der kolonialen Ausbeutung und dem Kampf um ebenjene Ressourcen.

Die M23 ist die mächtigste der mehr als 120 Rebellengruppen in diesem Teil des Landes. Der Name geht zurück auf das Friedensabkommen vom 23. März 2009 zwischen dem von Tutsi geführten Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes (CNDP – Congrès national pour la défense du peuple) und der kongolesischen Regierung. Sowohl die M23 als auch der CNDP behaupten, dass die kongolesischen Tutsi und andere Ethnien im Osten der DR Kongo diskriminiert werden. Da sie als Nachfahren von Ruander*innen gelten, werden sie oft als „ruandophon“ bezeichnet. Das Abkommen sollte die Integration von CNDP-Mitgliedern in die Regierung erleichtern, die Gruppe in eine politische Partei umwandeln und Tutsi-Flüchtlinge umsiedeln, die vor der Gewalt in benachbarte Länder geflohen waren. Die Nichteinhaltung des Abkommens führte 2012 zur Gründung der M23-Miliz, die noch im selben Jahr ihren ersten Aufstand startete.

In den vergangenen zehn Jahren gab es zahlreiche multilaterale Interventionen in der Region, darunter die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit mehr als 16000 Mitarbeitenden sowie die der East African Community Regional Force (EACRF). Mehrere Friedensbemühungen, etwa unter der Leitung des ehemaligen kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta und des angolanischen Präsidenten João Lourenço, blieben jedoch erfolglos.

Einige kleinere Rebellengruppen haben einem Waffenstillstand und ihrer Entwaffnung zugestimmt, doch die M23 bleibt die größte Herausforderung. Präsident Félix Tshisekedi lehnt es ab, Gespräche zu führen. Zweifellos stehen die Bodenschätze der DR Kongo im Mittelpunkt des Konflikts, insbesondere in der östlichen Provinz Nord-Kivu. Mineralien wie Kobalt, Gold und Zinn sind wichtige Rohstoffe für moderne Technologien und die Energiewende. UN-Schätzungen zufolge transportiert die M23 jeden Monat mindestens 120 Tonnen Coltan über die Grenzstadt Goma nach Ruanda. UN-Expert*innen gehen davon aus, dass sich die M23 durch die Kontrolle des Mineralienhandels in der DR Kongo mit etwa 300 000 Dollar pro Monat finanziert.

Der M23 wird vorgeworfen, im aktuellen Konflikt schwere Gewaltverbrechen zu begehen, darunter Massenvergewaltigungen sowie Einsatz von Kindersoldat*innen sowohl in Kämpfen als auch in Minen.

DIE ROLLE RUANDAS

2023 reichte die DR Kongo beim Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker eine Klage gegen Ruanda ein. Glaubwürdige Berichte, darunter eine UN-Untersuchung aus dem Jahr 2022, belegen die Beteiligung Ruandas am aktuellen Konflikt, auch wenn die Regierung in Kigali dies weiterhin bestreitet. Am 11. Februar 2025 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, in der es die Gewalt im Osten der DR Kongo verurteilt und die Unterstützung der M23 durch Ruanda sowie die Präsenz von 3000 bis 4000 ruandischen Soldat*innen anerkennt. Die Resolution verurteilt die Angriffe auf die Zivilbevölkerung aller Akteure und bezeichnet die illegale Besetzung von Goma und anderen Gebieten durch die M23 und die ruandischen Streitkräfte als Verletzung der Souveränität der DR Kongo. Ruanda wird darin explizit aufgefordert, die M23 nicht länger zu unterstützen.

Die Resolution steht im Kontrast zu früherem Handeln der EU. Vor einem Jahr unterzeichnete die EU eine umstrittene Absichtserklärung mit Ruanda zur Förderung nachhaltiger und widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe – trotz zahlreicher Berichte, die Ruanda im Zusammenhang mit dem Konflikt belasteten.

Die Resolution ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, doch die widersprüchlichen Botschaften der internationalen Gemeinschaft waren bislang kontraproduktiv im Hinblick darauf, Kigali und andere Akteure in die Verantwortung zu nehmen. Auch regionale Bemühungen haben keine Wirkung gezeigt. Um dauerhaften Frieden zu erreichen, muss die internationale Gemeinschaft eine starke Rolle übernehmen und diplomatische Mittel einsetzen, um jene, die für die Gewalt verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen.

Das ist schwierig, aber nicht unmöglich. Sowohl Kinshasa als auch Kigali müssen zur Diplomatie gezwungen und für ihre Beteiligung in dem Konflikt zur Verantwortung gezogen werden. Vorwürfen der Ressourcenausbeutung gilt es nachzugehen. Andere Akteure sollten dem Beispiel des EU-Parlaments folgen, da solche Maßnahmen die Bemühungen um regionale Stabilität stärken. Bis dahin müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um das Leben und das Eigentum der Zivilbevölkerung zu schützen – bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist.



MIRIAM OGUTU

ist panafrikanische Journalistin und Analystin für internationale Beziehungen und Kommunikationsstrategin.

missogutu@gmail.com

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Zerstörung der amerikanischen Entwicklungspolitik

US-Präsident Trump war noch keine Woche im Amt, da hatte seine Regierung bereits die Arbeit von USAID auf Eis gelegt. Der Zerstörungsprozess lässt sich verlangsamen, aber nicht mehr aufhalten. Was die deutsche Entwicklungspolitik jetzt tun kann.

VON STEPHAN KLINGEBIEL

Das letzte politische und rechtliche Wort zum Ende von USAID – oder seiner wie auch immer gearteten Zukunft – ist noch nicht gesprochen. Im Januar ließ US-Präsident Donald Trump die Gelder für die Entwicklungsbehörde einfrieren und forderte von den Mitarbeitenden weltweit, ihre Arbeit einzustellen. Diese Zwangsfreistellung haben Gerichte zwar aus arbeitsrechtlichen Gründen vorübergehend gestoppt. Klar ist aber: Die von Elon Musk und Donald Trump begonnene Zerstörung wird weitergehen. Das öffentliche Zelebrieren völlig haltloser Vorwürfe gegen USAID und die Mitarbeitenden ist verstörend und teils grotesk. So bezeichnete Elon Musk USAID als „kriminelle Organisation“, und die Freistellungsnachricht für die USAID-Mitarbeitenden endete mit den Worten „Danke für Ihren Dienst“.

Die US-Administration versucht derzeit, dem Rest der Welt eine einzige Regel aufzuzwingen: Was die USA verlangen, ist bedingungslos einzuhalten. Andernfalls drohen härteste Strafen, selbst wenn es sich um abstruse Vorwürfe wie etwa gegenüber Südafrika handelt. Trump beschuldigte dessen Regierung, Ländereien zu konfiszieren und „schlechte Akteure“ zu unterstützen – und fror kurzerhand die Finanzhilfen ein. Angesichts der in kurzen Intervallen einprasselnden Neuigkeiten sollten wir versuchen, das große Ganze

nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die Sprengkraft dessen, was sich gerade vollzieht, ist kaum zu unterschätzen. Daher eine kurze Zwischenbilanz.

DIE FOLGEN DER ZERSTÖRUNG

Erstens: Die unmittelbaren Folgen für die USAID-Partnerländer sind in vielen Fällen dramatisch. Zwar sind Nahrungsmittelhilfen und andere lebensrettende Maßnahmen vom Einfrieren der Hilfe ausgenommen, dennoch entsteht massenhaft vermeidbares menschliches Leid durch die enorme Verunsicherung und dadurch, dass Arbeitsabläufe nicht mehr funktionieren. Die Folgen sind auch in vielen anderen Bereichen zu erkennen. So unterstützt USAID beispielsweise zivilgesellschaftliche und journalistische Akteure, die sich für eine offene Gesellschaft und Politik einsetzen. Hier sind die Auswirkungen zwar weniger augenfällig, aber ebenfalls massiv.

Zweitens: Das Vorgehen erschüttert das gesamte Entwicklungssystem wie ein Erdbeben. Fast 20 UN-Einrichtungen sind von der Zwangsfreistellung von Mitarbeiter*innen betroffen, was sich direkt auf die Erfüllung ihrer Kernaufgaben auswirkt. Eine Zusage von 4 Milliarden Dollar für den Green Climate Fund wurde widerrufen. Die Zahlungen an den Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD wurden eingestellt und der DAC-Delegierte abgezogen.



Demonstration gegen die Eingriffe in US-Behörden – wie den Kahlschlag bei USAID – durch Präsident Donald Trump und Elon Musk im Februar in Washington.

„Wir sollten die bestehenden Strukturen und Organisationen nutzen – dann eben ohne die USA!“

Entwicklungspolitische Kooperationen mit anderen Gebern, beispielsweise Kanada, werden durch das Vorgehen hart getroffen. China und Russland profitieren unmittelbar vom amerikanischen Rückzug.

Drittens: Trump rüttelt so heftig an den Säulen der internationalen Organisationen – die die USA geschaffen und bisher maßgeblich geprägt haben –, dass das Gebäude oder wesentliche Teile davon zusammenbrechen könnten. Ob die Vereinten Nationen insgesamt, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation oder die OECD: Entscheidende Normen wie territoriale Integrität, die die bisherige Ordnung ausgemacht haben, sind gefährdet.

Viertens: Die Destruktion staatlicher Strukturen in den USA durch eine oligarchische Machtelite verändert grundlegend das amerikanische politische Modell. Timothy Snyder spricht von der „Logik der Destruktion“ (Snyder 2025). Steven Levitsky und Lucan A. Way halten es für wahrscheinlich, dass die USA unter der zweiten Präsidentschaft von Trump aufhören, eine liberale Demokratie zu sein, und stattdessen die Merkmale eines „kompetitiven Autoritarismus“ erfüllen (Levitsky und Way 2025). Die US-Entwicklungspolitik ist eines der ersten Opfer.

WAS JETZT ZU TUN IST

Ein einfaches Rezept, wie Deutschland und Europa darauf reagieren sollten, gibt es nicht. Viele Fragen sind grundlegend und gehen weit über die Entwicklungspolitik hinaus. Natürlich ist es ratsam, aus der passiven Rolle herauszukommen und kein getriebener Zuschauer zu sein. Zugleich lassen die zahlreichen Brandherde, die die Trump-Administration zeitgleich entzündet, kaum Zeit für strategisches Vorgehen. Vier Punkte könnten hilfreich sein, um uns im täglich größer werdenden Scherbenhaufen zu orientieren:

- **Wir sollten noch stärkere Interessenallianzen mit Akteuren im globalen Süden schmieden.**
Entwicklungspolitik kann uns helfen, den Schaden und Vertrauensverlust für Deutschland und Europa zu reduzieren. Daher dürfen wir uns nicht in die Abwärtsspirale begeben, in die die Entwicklungspolitik anderer europäischer Länder – vor allem durch Haushaltskürzungen – bereits hineingerutscht ist.
- **Wir sollten die bestehenden Strukturen und Organisationen nutzen – dann eben ohne die USA!**
Der DAC kann auch ohne amerikanische Mitwirkung eine zentrale Koordinierungsrolle spielen. Den UN-Einrichtungen, die wir als zentral identifizieren, sollten

wir die Möglichkeit geben, sich aus ihrer Schockstarre zu befreien. In jedem Fall sollten wir sie nicht einer stärkeren chinesischen Prägung überlassen. Partnerschaften mit Ländern wie Japan, Südkorea und Großbritannien müssen wir aktiver gestalten und nicht nur verwalten.

- **Wir sollten sehr aktiv eine strategische Reform der deutschen Entwicklungspolitik angehen.**

Wo wird die deutsche Entwicklungspolitik durch überkommene Verfahren zu schwerfällig?

Welche grundlegenden Reformen können das entwicklungspolitische System stärken, sowohl in der politischen Steuerung als auch in der Umsetzung?

- **Wir benötigen dringend andere Koordinationsmechanismen innerhalb der Bundesregierung.**

Ein nationaler Sicherheitsrat ist ein überfälliger Schritt.

Entwicklungspolitik als gleichberechtigte Stimme in diesem Rat zu haben, wäre ein Gewinn für alle Beteiligten.

LINK

Snyder, T., 2025: The logic of destruction. snyder.substack.com/p/the-logic-of-destruction?utm_campaign=post&utm_medium=web&triedRedirect=true

Levitsky, S., and Way, L. A., 2025: The path to American authoritarianism. Foreign Affairs. foreignaffairs.com/united-states/path-american-authoritarianism-trump



STEPHAN KLINGEBIEL

leitet das Forschungsprogramm „Inter- und transnationale Kooperation“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Er ist Gastprofessor an der Universität Turin sowie der Ewha Womans University in Seoul.

stephan.klingebiel@idos-research.de

Abonnieren Sie den E+Z-Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die [deutsche Version](#) oder [die englische](#).



REGIONALE BLÖCKE

Warum die ECOWAS die AES anerkennen muss

Ende Januar hat die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) offiziell drei ihrer Gründungsmitglieder verloren – Burkina Faso, Mali und Niger. Sie machten einen großen Teil der Gesamtfläche aus. Die ECOWAS sollte den Austritt anerkennen und die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen – auch um zu zeigen, dass innerafrikanische Lösungen nicht vom Westen geduldet sein müssen.

VON ERIC TEVOEDJRE

Ein wichtigen Schritt hin zur Abspaltung gingen die drei Länder am 16. September 2023, als sie die Allianz der Sahelstaaten (AES) gründeten. Sie warfen der ECOWAS vor, westlichen Interessen zu dienen – besonders denen Frankreichs – und ihre Mitglieder im Kampf gegen Terrorismus und für mehr Sicherheit nicht zu unterstützen.

In Artikel 91 des revidierten ECOWAS-Vertrags von 1993 steht, dass jeder Mitgliedstaat, der aus der Gemeinschaft austreten möchte, dies dem Exekutivsekretär ein Jahr zuvor schriftlich mitzuteilen habe. Letzterer habe dann die Mitgliedstaaten darüber zu informieren. Der Austritt der drei Staaten wurde am 29. Januar 2025 vertragskonform wirksam. Die ECOWAS setzt sich aber weiter dafür ein, sie wieder einzugliedern. Sie ernannte den senegalesischen Präsidenten Bassirou Diomaye Faye und den togolesischen Präsidenten Faure Gnassingbé zu Vermittlern. Am 29. Januar legte die ECOWAS zudem eine Übergangszeit fest, „bis die Modalitäten unseres künftigen Engagements mit den drei Ländern komplett geklärt sind“.



Omar Alieu Touray, Präsident der ECOWAS-Kommission, kündigt den Austritt der Militärregierungen von Niger, Mali und Burkina Faso aus der Organisation an.

Die ECOWAS-Unterhändler*innen müssen nun pragmatisch handeln und den AES-Ländern ein überzeugendes Angebot machen: diplomatische Anerkennung.

„Viele Beobachter*innen sehen die Autorität der ECOWAS ernsthaft gefährdet. Ihre Agenda für „Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit“, die zweite Säule ihrer Vision 2050, scheiterte so fulminant, dass mehrere Analysen das Überleben der Gemeinschaft in Frage stellen.“

KEINE REGELN AUFSTELLEN, DIE SICH NICHT DURCHSETZEN LASSEN

Der Staatsstreich in Niger im Juli 2023 war der vierte erfolgreiche Putsch in Westafrika binnen zwei Jahren. Vier Tage später berief die ECOWAS ein außerordentliches Gipfeltreffen ein. Sie bekräftigte ihre Nulltoleranz gegenüber verfassungswidrigen Regierungswechseln und forderte, Präsident Mohamed Bazoum sofort freizulassen und wieder einzusetzen. Der Block warnte, „alle notwendigen Maßnahmen“ zu ergreifen, um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen, wenn dies nicht innerhalb einer Woche geschehe. Auch verhängte die ECOWAS weitreichende Sanktionen, um das Binnenland zu isolieren.

Diese Drohung zeigte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Die ECOWAS musste die Sanktionen gegen Niger aufheben – und auch jene gegen Burkina Faso, Guinea und Mali, wo es ebenfalls Militärputsche gegeben hatte. Die Alternative wäre ein regionaler Krieg gewesen. Die französische Zeitung *Le Monde* schrieb, die Organisation laufe Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Niederlage gegen die Militärjuntas war tatsächlich ein herber Rückschlag für den 50 Jahre alten Regionalblock.

Viele Beobachter*innen sehen die Autorität der ECOWAS ernsthaft gefährdet. Ihre Agenda für „Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit“, die zweite Säule der ECOWAS Vision 2050, scheiterte so fulminant, dass mehrere Analysen das Überleben der Gemeinschaft in Frage stellen.

Undurchsetzbare Regeln führen zu Ineffizienz, Stagnation und institutionellem Niedergang. Der ECOWAS fehlen aber die Ressourcen oder der politische Wille, um wichtige Vorschriften durchzusetzen. So kämpft sie seit einem Jahrzehnt mit einer lückenhaften Umsetzung ihrer Politik, die sich in der Niger-Krise 2023 erneut zeigte.

EIN GANGBARER WEG AUS DER KRISE

Die ECOWAS-Vermittler*innen konnten die drei abtrünnigen Länder nicht umstimmen; vielmehr stärkten die AES-

Behörden ihr Bündnis. Kürzlich kündigten sie gemeinsame Streitkräfte und AES-Pässe an.

Gute Beziehungen zu den AES-Staaten sind für die ECOWAS ein strategisches Gebot. Sie muss den Abtrünnigen ein Angebot machen, das überzeugend genug ist, um sie wieder zu integrieren. Eine diplomatische Anerkennung könnte die Lage entscheidend verbessern. Solche vertrauensbildenden Maßnahmen könnten Spannungen abbauen und den Schaden beheben, den die Überreaktion der ECOWAS auf den Staatsstreich in Niger angerichtet hat.

DAFÜR GIBT ES DREI WICHTIGE GRÜNDE:

Erstens würde die ECOWAS zeigen, dass sie davon ausgeht, dass dieses im Werden begriffene politische Gebilde langfristig stabil ist.

Zweitens würde die Anerkennung das Image der ECOWAS grundlegend verändern. Statt sich westlichen Interessen unterzuordnen, würde sich die Organisation als pragmatisch und zukunftsorientiert zeigen. Die Anerkennung der AES würde ein starkes politisches Zeichen der Einheit senden, allen Unterschieden zum Trotz.

Drittens müssen die ECOWAS und die AES nicht nur koexistieren, sondern kooperieren, Wirtschaftswachstum fördern und zusammen gegen den gemeinsamen Feind vorgehen: den Terrorismus. Eine politische Anerkennung wäre der Beginn einer neuen Ära. Sie würde den Weg ebnen für selbstbestimmte afrikanische Zusammenarbeit – statt weiterer Konfrontation.



ERIC TEVOEDJRE

ist ein Politikwissenschaftler aus Benin. Sein Forschungsschwerpunkt ist die regionale Integration in Afrika, insbesondere in der ECOWAS-Region.

erictcev@gmail.com

BILDUNG

Hoffnung für Kameruns Kinder – doch nicht genug

In Kamerun können hunderttausende Kinder wegen des Konflikts in den englischsprachigen Regionen des Landes seit Jahren nicht zur Schule gehen. Dass die EU mehr Mittel bereitstellt, gibt Hoffnung – ist jedoch bei Weitem nicht ausreichend in einem Konflikt, der von der internationalen Gemeinschaft weitgehend vergessen wurde.

VON AMINDEH BLAISE ATABONG

Der bewaffnete Separatistenkonflikt in den englischsprachigen Regionen im Nordwesten und Südwesten Kameruns hält nun schon seit acht Jahren unvermindert an. Es gibt jedoch einen Hoffnungsschimmer für die gefährdeten Kinder, die schon seit Jahren nicht mehr zur Schule gehen können. Im Juli 2024 kündigte die EU an, mehr als 1,7 Milliarden CFA-Franc (etwa 2,8 Millionen Dollar) bereitzustellen, um einer Generation von Kindern Bildung zu ermöglichen, deren Zukunft durch den blutigen Konflikt gefährdet ist (siehe Kasten, S. 15).

Die Hilfe wird zwei Schuljahre abdecken und soll Bildungsmaterialien sowie sichere, kinderfreundliche Lernräume mit Wasser- und Sanitäreinrichtungen bereitstellen. Außerdem wird mit den Mitteln die Ausstellung von Geburtsurkunden für schulpflichtige Kinder unterstützt, um ihnen das Recht auf die Staatsbürgerschaft und den Zugang zu weiterführender Bildung zu sichern. Viele von ihnen haben das wichtige Dokument entweder nie erhalten, oder es wurde während der Kämpfe zerstört.

Laut der Vertreterin des UN-Kinderhilfswerks (UNICEF) in Kamerun, Nadine Perrault, benötigen die Kinder die zusätzlichen Mittel dringend. Sie sind neben Frauen (siehe Glein

Neneng in E+Z 02/2025) am stärksten von der Krise in der anglophonen Region betroffen – wie in fast allen Konflikten auf der Welt. Perrault erklärt, dass die Mittel durch sektorübergreifende Interventionen in den Bereichen Bildung, WASH (Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene) und Schutz für die vom Konflikt betroffenen Kinder in beiden Regionen eingesetzt würden, um den großen humanitären Bedarf zu decken.

„Bildung ist ein Rettungsanker für Kinder. Wir arbeiten daran, jedem Kind eine lückenlose Bildung zu ermöglichen und helfen den Kindern darüber hinaus, Fähigkeiten zu entwickeln, um mit Traumata umzugehen“, sagt Perrault. Sie fügt hinzu, dass die zusätzlichen Mittel aus der humanitären Hilfe der EU dazu beitragen würden, die UNICEF-Maßnahmen schnell auszuweiten und den Zugang zu Bildung zu verbessern – sowohl für Schulkinder als auch für jene außerhalb der Schule.

Die Lokalisierungsagenda in der humanitären Hilfe zielt darauf ab, verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort als Durchführungspartner für eine nachhaltige Umsetzung einzubeziehen. Daher wird UNICEF mit diversen Organisationen zusammenarbeiten, darunter die Green

Partners Association (GPA), die Foundation for Inclusive Education and Development (FIED), die Queen Fongang Foundation (QFF), Community Health and Social Development for Cameroon (COHESODEC) und Strategic Humanitarian Services (SHUMAS).

BISHERIGE BEMÜHUNGEN BLEIBEN UNZUREICHEND

Laut Perrault werden jedoch nur etwa 54 000 Kinder direkt von den Maßnahmen profitieren, obwohl rund 488 000 Kinder keine Schule besuchen. „Das Projekt richtet sich nur an Kinder in den Nordwest- und Südwestregionen, wie es vom Humanitarian Country Team (HCT) vorgesehen ist. Das HCT ist das Entscheidungsgremium, das aus den operativ tätigen humanitären Organisationen besteht und die humanitäre Hilfe in erster Linie auf die Krisenherde konzentriert, wo der Bedarf am größten ist“, sagt sie.

Kinder, die in andere Regionen geflüchtet sind, werden somit nicht berücksichtigt. UNICEF fordert daher alle Geber und andere strategische Partner auf, ihre Unterstützung zu erhöhen, um sicherzustellen, dass alle betroffenen Kinder erreicht werden können.

Der in Yaoundé ansässige Pädagoge Agendia N. Atemnkeng lobt die Initiative. Seiner Meinung nach könne sie einen großen Beitrag dazu leisten, die bereits bestehende große Bildungslücke zwischen Kindern in den Kon-

„Nur etwa 54 000 Kinder werden direkt von den Maßnahmen profitieren, obwohl rund 488 000 Kinder keine Schule besuchen.“

fliktregionen und Gleichaltrigen in anderen Teilen des Landes zu schließen.

Da die meisten Unterstützungsmaßnahmen jedoch aus Sachleistungen bestehen werden, stellt Atemnkeng die nachhaltige Wirkung der Spenden infrage. Er schlägt vor, einen großen Teil der Unterstützung in wiederverwendbare Bildungsmaterialien fließen zu lassen, damit die Kinder sie mindestens drei Schuljahre lang nutzen können.

„Bildung in einer Krise zu unterstützen, geht über die Bereitstellung von Materialien hinaus. Bildungsträger in Krisengebieten, insbesondere Lehrkräfte, müssen eine spezialisierte Ausbildung erhalten, wie sie Kinder unter solchen Bedingungen unterrichten können“, sagt Atemnkeng.

Während Hunderttausende in den englischsprachigen Regionen Kameruns nicht zur Schule gehen können, findet in den französischsprachigen Regionen Unterricht statt.



Foto: dpa / Xinhua News Agency / Kepseu

Die Ausbildung sollte unter anderem Traumabewältigung, die Anpassung des Lehrplans an die wichtigsten Aspekte und die Betonung der Berufsausbildung nach der Grundschule umfassen.

Die kamerunische Regierung hat eine Strategie nach der anderen verfolgt – bisher mit wenig Erfolg. In der Verwaltungseinheit Ngoketunjia nahe Bamenda, der Hauptstadt der Nordwest-Region, wurde beispielsweise ein Umverteilungszentrum mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen eingerichtet. Die Idee dahinter war, dysfunktionale Schulen und deren Schüler*innen und Lehrkräfte aus abgelegenen Gebieten, in denen sich die Sicherheitslage verschlechtert hatte, in das von bewaffneten Truppen bewachte Zentrum zu verlegen. Da jedoch nur begrenzte Unterkunftsmöglichkeiten im Zentrum zur Verfügung standen, mussten die Schüler*innen nach dem Unterricht nach Hause zurückkehren – und sich einer noch größeren Gefahr aussetzen. Das Ergebnis: leere Klassenzimmer.

Handerson Quetong Kongeh, Senior Divisional Officer von Ngoketunjia, erklärte Ende vergangenen Jahres im Staatsfernsehen CRTV, dass gezielte Anstrengungen notwendig seien, um zur Normalität zurückzukehren. Er berichtete, die Strategie in den Zentren werde aufgegeben und mehrere Schulen würden wieder an ihren eigentlichen Standorten eröffnet.

Im Jahr 2023 untersuchte eine Stellungnahme an den UN-Menschenrechtsrat die Lage in Kamerun. Darin wird der Regierung von Präsident Paul Biya nachdrücklich empfohlen, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Schüler und des Bildungspersonals im gesamten Land zu gewährleisten“. Biya regiert das Land seit 1982.

Die Regierung akzeptierte die Empfehlung, ergeht sich aber weitgehend in Lippenbekenntnissen und behauptet weiterhin, die Situation sei unter Kontrolle. Sie muss dringend die notwendigen Schritte unternehmen, um den Konflikt zu lösen und die Gewalt zu beenden. Die Regierung weigert sich jedoch weiterhin, mit den Separatisten zu verhandeln. Sie bezeichnet sie als „Terroristen“ und setzt weiter auf militärische Auseinandersetzung. Die aber hat seit acht Jahren keinen Erfolg gebracht.



AMINDEH BLAISE ATABONG

arbeitet als freier Journalist in Kamerun und berichtet über verschiedene Themen aus ganz Afrika.

aamindehblaise@yahoo.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Website: www.dandc.eu
ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.02.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),
Dr. Hans Dembowski (DEM, Redakteur für besondere Aufgaben),
Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner
(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),
Dagmar Wolf (DW, Assistentin)
Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage),
Roli Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala
(RSS, Kolumne Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein

BILDAUSWAHL:

Redaktion

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

KINDER IN KONFLIKTEN

Fast eine halbe Million kamerunische Kinder gehen nicht zur Schule

Der seit Jahren andauernde Separatistenkonflikt im englischsprachigen Teil Kameruns hängt auch mit den unterschiedlichen Bildungssystemen im Land zusammen. Der Schulbetrieb wird ständig gestört, Schulen werden zerstört oder dienen als Unterbringung für Geflüchtete oder das Militär. Die Auswirkungen für junge Menschen sind verheerend.

VON AMINDEH BLAISE ATABONG

Laut des Cameroon Education Cluster können rund 25 Prozent der Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren in den konfliktbeladenen Regionen Nordwest- und Südwestkamerun immer noch nicht zur Schule gehen. Mehr als 488.000 Kindern wird so das Recht auf Bildung vorenthalten. Etwa 2.000 Schulen – 41 Prozent aller Schulen in den Konfliktregionen – sind weiterhin nicht funktionsfähig.

Der Konflikt hat seine Wurzeln in den kolonialen Machtverhältnissen zwischen Großbritannien und Frankreich (und in geringerem Maße Deutschland). Ausgelöst wurde er auch durch die Unzufriedenheit der anglophonen Bevölkerung mit der frankophonen Kontrolle über das Bildungswesen. Seit dem Wiederaufflammen der Kämpfe vor acht Jahren sind daher Bildungseinrichtungen zur Zielscheibe geworden.

Schulmöbel und -materialien wie Tische, Bänke, Stühle und Tafeln wurden zerstört. Schüler*innen und Lehrkräfte, die sich den von den Sepa-

ratisten auferlegten Schulboykotten widersetzen, werden brutal ermordet, vergewaltigt, entführt, gefoltert oder auf andere Weise grausam behandelt. Zahlreiche Schulen wurden niedergebrannt. Menschenrechtsgruppen werfen nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen sowie Regierungstruppen vor, abwechselnd Gräueltaten zu begehen.

Als die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Separatisten eskalierten, wurden die meisten Schulen geschlossen. Sie dienen seither als Militärstützpunkte für die Kriegsparteien, aber auch Binnenvertriebene und Familien konnten darin unterkommen.

Selbst Schulen, die offen bleiben konnten, müssen den Unterricht ständig absagen. Betroffene Kinder verpassen so mindestens 51 Schultage pro Jahr, etwa aufgrund der ständigen Unsicherheit oder Ausgangssperren.

Kamerun belegt weiterhin den zweiten Platz auf der aktuellen Liste des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC) der zehn am meisten vernachlässigten Krisen weltweit. Laut dem NRC ist die Finanzierungslücke für humanitäre Hilfe so groß, dass Millionen von Menschen nicht genug zu essen haben. Familien fliehen immer wieder auf der Suche nach Sicherheit und Ressourcen, und Kinder haben keinen Zugang zu Bildung.

Auch Eltern leiden unter den Folgen des langwierigen Konflikts. Sie haben kaum Geld, um ihren Kindern den Unterricht, Lernmaterialien, Lebensmittel oder die Gesundheitsversorgung zu finanzieren. Ihnen bleibt keine andere Wahl, als Grundbedürfnissicherung über die Bildung ihrer Kinder zu stellen.

Es ist daher wichtig zu betonen: Finanzierung und andere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft, wie sie die EU im vergangenen Jahr bereitgestellt hat (siehe Haupttext), wird dringend benötigt. Sie bedeutet für viele Kinder, die nicht zur Schule gehen – und für deren Eltern – neue Hoffnung.

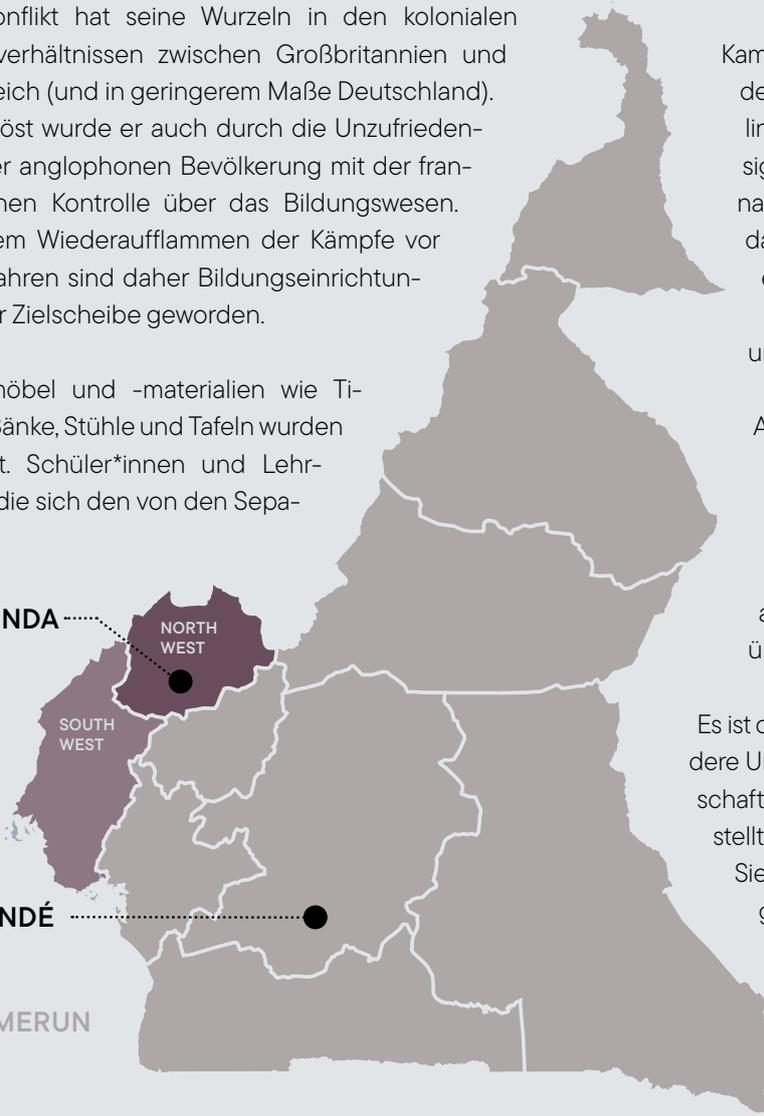
BAMENDA

NORTH WEST

SOUTH WEST

YAOUNDÉ

KAMERUN



FORSCHUNG

Wachstum hinterfragen

Die Machbarkeit und Notwendigkeit ständigen Wirtschaftswachstums werden zunehmend in Frage gestellt, vor allem im Kontext des Klimawandels und der aktuellen globalen Krisen. Degrowth-Ansätze, die Ressourcenverbrauch und -produktion reicher Länder verringern wollen, müssen aber Länder mit geringen Einkommen einbeziehen, um neokoloniale Strukturen zu verhindern und mehr Gerechtigkeit in globalen Systemen zu schaffen.

VON DANIELE MALERBA

Die Frage, ob die Wirtschaft kontinuierlich wachsen sollte, ist aktueller denn je. Zum einen ist umstritten, ob unendliches Wachstum überhaupt möglich ist. Bereits der Bericht „The Limits to Growth“ des Club of Rome aus dem Jahr 1972 betonte die Unmöglichkeit fortlaufenden Wachstums – eine Erkenntnis, die angesichts der Klimakrise noch drängender ist. Zum anderen wird hinterfragt, ob Wirtschaftswachstum überhaupt notwendig für Wohlstand ist. Unterschiedliche Ansichten zu diesen Themen führen zu gegensätzlichen Konzepten.

Grünes Wachstum setzt darauf, dass Volkswirtschaften weiterhin wachsen können und gleichzeitig ihre Umweltbelastung reduzieren. Dies wäre möglich, wenn Wirtschaftswachstum zu technologischen Verbesserungen führt, die Produktion und Konsum umweltfreundlicher machen. Das Konzept betont auch, dass Wachstum Arbeitsplätze, Chancen und Ressourcen für Sozialsysteme schafft und so den Wohlstand erhält oder steigert.

Postwachstum stellt eine entgegengesetzte Sichtweise dar. Das Konzept ist ein Überbegriff für Ansätze, die angesichts der Unmöglichkeit eines unendlichen Wirtschafts-

wachstums auf einem endlichen Planeten über das Ziel der Steigerung des BIP hinausgehen wollen. Studien zeigen, dass nur wenige Länder absolute Emissionsreduktionen erreicht haben – und deren Tempo nicht annähernd so hoch ist, wie es zur Erreichung der Klimaziele erforderlich wäre. Zudem führt Wirtschaftswachstum besonders ab einem bestimmten BIP-Level nicht zwangsläufig zu mehr Wohlstand.

Der Postwachstumsansatz wird immer populärer. Immer mehr Länder und Institutionen nutzen alternative Indikatoren wie den Human Development Index (HDI). Bei der Postwachstumsstrategie geht es jedoch nicht nur um Indikatoren. Auf struktureller Ebene schlägt das Konzept vor, unsere Volkswirtschaften und Wohlfahrtssysteme weniger abhängig vom Wirtschaftswachstum zu machen. Teil des Ansatzes sind Theorien wie die Steady-State- und Doughnut-Ökonomie sowie die Suffizienz- und Wohlfahrtsökonomie.

Degrowth ist wohl der populärste Postwachstumsansatz, der zunehmend erforscht und diskutiert wird. Der Wirtschaftsethnologe Jason Hickel, einer der prominentesten Vertreter*innen der wachstumskritischen Bewegung, defi-



Wohin wird sich die Welt entwickeln, wenn die Wirtschaft weiter wächst?

niert Degrowth als „eine geplante Reduktion von Energie- und Ressourcennutzung, um das ökonomische Gleichgewicht mit der Umwelt so wiederherzustellen, dass Ungleichheit verringert und das menschliche Wohlbefinden verbessert wird“.

Es ist wichtig, einige Punkte in Bezug auf dieses Konzept zu klären:

- Es geht um den Rückgang von Materialflüssen, nicht explizit um das BIP.
- Degrowth zielt nicht auf Rezession, sondern eine geplante Reduktion von Konsum und Produktion ab.
- Ziel ist ein gutes Leben für alle bei weniger Ressourcenverbrauch. Umverteilung, Gerechtigkeit und Demokratie spielen zentrale Rollen.
- Überproduktion und -konsum und damit das Wirtschaftswachstum zu beenden, bedeutet nicht, dass Länder mit niedrigen Einkommen, die nicht im Übermaß konsumieren und die Infrastruktur und Ressourcen benötigen, aufhören sollten zu wachsen.

Gleichzeitig wird Degrowth wegen mangelnder konzeptueller Kohärenz und fehlender Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Fragen kritisiert. Ein zentrales Problem ist dabei die Einbindung von Ländern mit niedrigen Einkommen, auch weil Degrowth-Forschung meist aus Industrieländern kommt. Degrowth könnte für Länder mit niedrigen Einkommen sowohl Synergieeffekte als auch Herausforderungen mit sich bringen, da wir in einem globalen und vernetzten Wirtschaftssystem leben. Positiv ist, dass ein geringerer Verbrauch in Ländern mit hohem Einkommen es ärmeren Ländern ermöglicht, mehr zu konsumieren. Andererseits könnte sich ein geringerer Verbrauch in den reichen Ländern auch negativ auf die Wirtschaft der Länder mit niedrigerem Einkommen auswirken, die von Exporten in Industrieländer abhängig sind.

Um dieses Dilemma zu lösen, müssen auch noch weitere kritische Debatten berücksichtigt werden. Die potenziellen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von Degrowth auf Länder mit niedrigen Einkommen resultieren aus ungleichem Austausch und kolonialen Hinterlassenschaften. Die Dependenztheorie argumentiert, dass die grundlegenden Strukturen der Kolonialzeit bis heute durch „ungleichen Austausch“ im internationalen Handel bestehen. Reiche Länder nutzen demnach ihre Position in globalen

Systemen aus, um die Preise in ärmeren Ländern zu drücken. Dadurch erwerben wohlhabendere Länder einerseits günstige Waren aus Ländern mit niedrigen Einkommen, während letztere mehr exportieren müssen, um die teuren Importe bezahlen zu können. Der Washington Consensus und Strukturanpassungsmaßnahmen sind Beispiele für solche Dynamiken, da sie ärmere Länder dazu gedrängt haben, den Fokus auf Exporte zu legen.

„Grünes Wachstum und Degrowth waren bisher zwei eher isolierte Forschungsbereiche mit unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen. Sie gegeneinander auszuspielen, würde wirksame und notwendige Maßnahmen weiter hinauszögern.“

Es ist daher entscheidend, Ungerechtigkeiten im globalen Wirtschaftssystem anzugehen und koloniale sowie Post-Development-Perspektiven eng mit der Degrowth-Debatte zu verknüpfen. Länder mit niedrigen Einkommen hier nicht zu berücksichtigen, würde bedeuten, dass ihnen auf neo-koloniale Weise eine Agenda aufgezwungen wird – sei es, indem man dafür plädiert, dass sie denselben Entwicklungspfad wie die Industrieländer einschlagen, oder indem ihnen die Freiheit genommen wird, ihre Entwicklungsentscheidungen vollumfänglich selbst zu treffen.

KURZ- UND LANGFRISTIGE ZIELE

Degrowth setzt voraus, dass globale Gerechtigkeit, Dekolonisierung und ein ökologisch gerechter Austausch auch durch die Reform globaler Institutionen und ungleicher Regierungssysteme angegangen werden. Diese Anliegen sind nicht neu. Bereits 1974 forderten Länder mit niedrigen Einkommen in der „Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ eine solche Ordnung basierend auf Gerechtigkeit, souveräner Gleichheit, Verflechtungen, gemeinsamer Interessen, Zusammenarbeit und Solidarität, um wirtschaftlichen Kolonialismus und Abhängigkeiten zu beseitigen. Viele dieser Forderungen wurden jedoch bis heute nicht umgesetzt. Es ist entscheidend, globale Systeme zu reformieren und vergangene Fehler zu vermeiden. In diesem Zusammenhang dürfen beispielsweise Schuldenerleichterungen nicht wieder in einer neuen Strukturanpassung münden.

Während solche Veränderungen Zeit brauchen, ist es wichtig, gleichzeitig dringend nötige Klimaschutzmaßnahmen voranzutreiben. Grünes Wachstum und Degrowth waren bisher zwei eher isolierte Forschungsbereiche mit unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen. Sie gegeneinander auszuspielen, würde wirksame und notwendige Maßnahmen weiter hinauszögern. Es ist wichtig, hier eine gemeinsame Basis für den Klimaschutz zu finden, da beide Positionen umwelpolitische Ziele wie Investitionen in erneuerbare Energien oder Umweltsteuern teilen. Gleichzeitig ist entscheidend, dass Kompromisse ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit kurzfristiger Klimaschutzmaßnahmen und den erforderlichen längerfristigen strukturellen Veränderungen herstellen. Maßnahmen dürfen zugleich nicht im Sinne eines „grünen Kolonialismus“ vergangene Muster wiederholen.

Ein Lösungsvorschlag ist das „A-Growth“-Modell, da es einen Mittelweg darstellt, der bewusst nicht zwischen grünem Wachstum und Degrowth wählt. Sein Hauptanliegen ist die Ablehnung des BIP als Maßstab für Wohlstand. Diese ambivalente Haltung soll politischen Rückhalt für eine ehrgeizige Umwelt- und Sozialpolitik stärken, indem polarisierende Debatten um das BIP vermieden werden.

In einer Zeit der Polykrisen und wirtschaftlichen Anfälligkeit sind Visionen wie Degrowth und Postwachstum entscheidend, um sich eine andere Welt und eine bessere Zukunft vorzustellen, in der strukturelle Probleme bewältigt werden. Da solche Konzepte transformativ sind, müssen sie politische Unterstützung finden und Ängste vor neuen Wirtschaftssystemen abbauen. Während sich die Entwicklungsparadigmen von einem Fokus auf das BIP hin zu Fähigkeiten und Freiheiten verlagert haben, müssen sich solche Veränderungen in den globalen Systemen erst noch durchsetzen.

Dieser Text wurde durch einen zweitägigen IDOS-Workshop zum Thema „Entwicklung jenseits des Wachstums“ im November 2024 angeregt.



DANIELE MALERBA

ist Senior Researcher am German Institute of Development and Sustainability (IDOS) mit Fokus auf sozial-ökologische Transformation und Just Transition.

daniele.malerba@idos-research.de

EMPOWERMENT

Im Jenseits von Fast Fashion

Der Kantamanto-Markt für Gebraucht Kleidung in Ghanas Hauptstadt Accra zeigt, dass Menschen im informellen Sektor mit vielen Risiken konfrontiert sind, aber Wege finden, damit umzugehen. Besonders Frauen fehlt oft die Sicherheit eines formalen Arbeitsplatzes. Die unabhängige Or Foundation unterstützt sie dabei, ihre Lebensqualität zu verbessern. Sie fordert auch Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene, denn die Fast Fashion der Konsumgesellschaft bringt viele Probleme.

VON SUSANNE GIESE

Der Kantamanto-Markt gilt weltweit als der größte seiner Art. Anfang Januar 2025 brannte er komplett ab. Dabei starb ein Mensch; viele wurden verletzt. Für tausende informelle Händler*innen war die Katastrophe ein großer persönlicher Rückschlag. Informelle Märkte in Entwicklungsländern sind besonders feuergefährdet.

Die gesamte Kantamanta-Community muss sich nun – wie schon nach früheren Bränden – ihre Lebensgrundlagen neu aufbauen (siehe Kasten S. 22). Normalerweise kommen hier jede Woche rund 15 Millionen gebrauchte Kleidungsstücke aus aller Welt an, berichtet die zivilgesellschaftliche Organisation Or Foundation. Sie werden in riesigen Ballen mit einem Gewicht von 55 Kilogramm und mehr angeliefert. Oft wurden sie in Europa oder Nordamerika als wohltätige Spenden gesammelt.

Mehr als 30000 Menschen sind in Kantamanto erwerbstätig. Sie verdienen Geld mit dem Sortieren, Waschen, Bügeln, Reparieren, Färben und der Wiederverwertung von Kleidungsstücken. Unzählige Arbeitsschritte machen die Ware wieder verkaufbar.

SHATTAS ERFAHRUNGEN

Schocks im Alltag sind für Janet Kyerewaa nicht allzu ungewöhnlich. Sie ist eine Händlerin, die Kleiderballen kauft

und deren Inhalt dann verkauft. Ihr Spitzname ist „Shatta“, weil ihre No-Nonsense-Attitüde an den afrikanischen Dancehall-Star Shatta Wale erinnert. Einen Ballen zu kaufen ist, wie an einer Lotterie teilzunehmen. Sie kann den Inhalt der Ballen nicht vorab prüfen. Den Ballen aufzuschneiden und schlechte Qualität festzustellen, „haut dich weg“, sagt sie.

Janet verkauft en gros und im Einzelhandel. Wenn sie einen Ballen aufschneidet, suchen sich zunächst Wiederverkäufer*innen die besten Teile aus, um sie in ihren Geschäften oder auch Tür zu Tür zu verkaufen. Sie werden „Selectors“ genannt. Ist die Ware gut und der erste Selektor nimmt viele Kleidungsstücke ab, erhält Janet sofort einen großen Teil dessen, was sie selbst für den Ballen bezahlt hat.

Normalerweise kauft der erste Selektor 60 bis 100 Stück, aber manchmal sinkt die Anzahl unter 20. Dann muss Shatta selbst mehr Artikel im Einzelhandel verkaufen, was mehr Zeit erfordert. An einem guten Tag kaufen Kund*innen an ihrem Verkaufsstand 15 bis 20 Teile. Schlechte Qualität bedeutet niedrige Preise, und Janet senkt sie manchmal noch weiter, um den Verkauf zu beschleunigen.

Sobald sie genug Geld eingenommen hat, kauft sie einen neuen Ballen: „Die Kund*innen wollen etwas Neues sehen, sonst verlieren sie das Interesse.“

Janet stammt aus Ghanas Eastern Region und kam vor mehr als 20 Jahren nach Accra. Sie arbeitete in verschiedenen Jobs, bis sie schließlich einen eigenen Stand in Kantamanto bezahlen konnte. Der Handel mit Gebraucht- kleidung half Janet, ihre beiden Kinder großzuziehen. Sie sieht Accra immer noch nur als einen Schritt auf ihrem Weg nach Kanada, von wo aus sie Second-Hand-Kleidung exportieren will.

„Kantamanto wächst“, berichtet Janet, „aber das Geschäft läuft schlechter“. Ihrer Erfahrung nach nimmt die Qualität der Kleidungsstücke seit einiger Zeit ab. Was sie nicht verkaufen kann, gibt sie ihrer jüngeren Schwester, die außerhalb von Kantamanto und an Straßenhändler verkauft. Einige Teile kommen aber in den Müll, weil sie zu zerrissen und fleckig sind, um überhaupt noch verkäuflich zu sein.

INDIVIDUELLE STRATEGIEN

Wer im informellen Sektor arbeitet, ist oft nur einen Schritt von der Armut entfernt. In der Regel fehlt es an sozialem Schutz wie Kranken- oder Rentenversicherung. Es gibt weder Urlaub noch Arbeitslosengeld. In Kantamanto zu arbeiten, ist in der Regel nicht das, was Menschen sich für

ihr Leben wünschen. Viele finden jedoch keine attraktive- re Option.

Virgin war früher Kreditsachbearbeiterin, bis das Finanzinsti- tut, bei dem sie angestellt war, vor vier Jahren im Zuge von Ghanas „Financial Sector Clean-Up“ schließen musste. Da- nach stieg sie bei ihrer Schwester Zabiatu in Kantamanto ein, betreibt inzwischen aber ihren eigenen Stand. Wie sie vertrauen viele Menschen in Kantamanto vor allem ihren Verwandten. Schriftliche Verträge sind sehr selten, und die Leute haben keinen Zugang zu Rechtsmitteln, um Ansprü- che durchzusetzen.

Obwohl Kantamanto oft nicht ihr Lebensplan war, machen die Kleinunternehmer*innen das Beste daraus und entwi- ckeln verschiedene Geschäftsstrategien. Manche speziali- sieren sich zum Beispiel auf Jeans oder Handtaschen. Vir- gin und Zabiatu konzentrieren sich auf Kinderbekleidung, die sich schneller verkauft. „Wenn die Qualität stimmt, lässt sich gutes Geld verdienen“, sagt Virgin. Die besten Stücke heben beide für Weihnachten auf, denn dann geben Kund*innen mehr aus.



Foto: Susanne Gleise

„Kantamanto wächst, aber das Geschäft läuft schlechter.“

Janet Kyerewaa
an ihrem Stand in
Kantamanto im
Sommer 2024.

Auch den beiden Schwestern ist aufgefallen, dass die Qualität der Second-Hand-Kleidung abnimmt. Das liegt vor allem an dem, was in einkommensstarken Konsumgesellschaften „Fast Fashion“ heißt. Billige Kleidungsstücke werden produziert, um nur ein paar Mal getragen zu werden und bald mit Teilen aus der nächsten monatlichen Kollektion von H&M, Primark oder Zara ersetzt zu werden.

IMMER MEHR ABFALL

Fachleuten zufolge landen 40 Prozent aller Artikel, die derzeit in Kantamanto ankommen, im Abfall. Der gewaltige Textilabfall überfordert Accras Müllabfuhr. Mancherorts türmt er sich haushoch. Mehrere Meter lange „Tentakel“ verschmutzen die Strände. Eine moderne Mülldeponie wurde mit Unterstützung der Weltbank gebaut und 2020 eröffnet, ist aber bereits überfüllt, obwohl sie 25 Jahre in Betrieb sein sollte. Die meisten Kleidungsstücke sind aus Mischtextilien mit Plastik. Dieser Müll zersetzt sich nicht vollständig und belastet die Umwelt deshalb dauerhaft.

Aufgrund des ungünstigen Wechselkurses und anderer ökonomischer Entwicklungen sind die Einkaufspreise für Second-Hand-Kleidung trotz abnehmender Qualität gestiegen. Die Gewinnspannen im informellen Geschäft sind oft zu gering, um eine Familie ernähren zu können. Einige Handel-treibende nehmen Kredite auf, um zusätzliche Ballen zu kaufen. Das verschlimmert ihre Situation, da sie die Kredite mit hohen Zinsen zurückzahlen müssen. Manche wenden sich dem Upcycling zu oder erstellen sogar ganz neue Artikel aus Resten gebrauchter Textilien.

Einige haben es sogar geschafft, eigene Modemarken zu gründen, und vermarkten ihre Waren bis in die benachbarte Côte d'Ivoire. Bestellungen per WhatsApp und die Bezahlung per Mobile Money erleichtern den grenzüberschreitenden Handel. Für Upcycling wird jedoch mehr – und teurere – Ausrüstung benötigt als für den bloßen Handel. Ein Großteil dieser Investitionen ging bei dem jüngsten Brand verloren. Den Neustart zu finanzieren, ist entsprechend schwieriger.

Laut Or Foundation lief das Geschäft in Kantamanto in den letzten Jahren aber auch ohne die Katastrophe ständig schlechter. Viel zu viele Artikel überschwemmen den informellen Markt, und viel zu viele sind von geringer Qualität.

Liz Ricketts ist Mitbegründerin der Stiftung. Sie hält Fast Fashion für ein riesiges Problem: „Das meiste, was in Kantamanto landet, wird nur gespendet, weil Fast Fashion raschen Umschlag erfordert.“ Die Artikel würden nicht dafür gemacht, geliebt, gehegt und gepflegt zu werden, sondern sollten schnell weggeworfen werden. Während die Menschen in Ländern mit hohem Einkommen ihre Kleidungsstücke nicht mehr zu schätzen wüssten, werde Se-

cond-Hand-Kleidung in den Ländern, die sie abnehmen, immer mehr zum Müllproblem, sodass sie immer weniger Chancen bietet.

DREI HANDLUNGSEBENEN

Die Or Foundation konzentriert sich auf Kantamanto und setzt sich für die Entwicklung des Marktes ein.

- Auf individueller Ebene unterstützt sie Berufsbildung, um nachhaltige Lebensgrundlagen schaffen. Besonders wichtig ist dies für „Kayayei“ genannte Lastenträgerinnen, die schwere Lasten auf dem Kopf transportieren, was potenziell tödliche Wirbelsäulenschäden verursachen kann. Schulungen helfen auch beim Upcycling und Weiterverwerten. Die Stiftung erprobt Möglichkeiten des Recyclings oder der Entwicklung neuer Materialien aus getragenen Textilien.
- Auf organisatorischer Ebene stärkt die Or Foundation Gruppen wie eine Koalition von Händlerinnen in Kantamanto. Diese fordert eine sicherere und gesündere Arbeitsumgebung. Sie hatte auch für die Verteilung von 490 Feuerlöschern gesorgt, die auf dem gesamten Markt installiert werden sollten.
- Auf nationaler und internationaler Ebene fordert die Stiftung besseres Abfallmanagement und bessere Arbeitsbedingungen. Sie tritt unter anderem für eine erweiterte Herstellerverantwortung der Bekleidungsindustrie (Extended Producer Responsibility – EPR) ein.

Im November 2022 reiste Janet Kyerewaa als Mitglied einer Delegation der Or Foundation zu einer Konferenz nach Frankreich. Frankreich ist führend in Bezug auf die EPR. 2007 wurde ein verpflichtendes System für Sammlung und Recycling von Textilabfällen eingeführt. Schweden und die Niederlande folgten vor wenigen Jahren. Diese Initiativen decken jedoch nur die Recyclingkosten innerhalb des jeweiligen Nationalstaats ab. Es muss noch viel mehr passieren.

LINK

theor.org/work



SUSANNE GIESE

ist freiberufliche Veränderungsberaterin mit Sitz in Accra. Sie bedankt sich bei Melody Serafino, Abena Essoun, Patrick Abesiyine und Sammy Oteng von der Or Foundation für ihre Unterstützung sowie bei allen Händler*innen von Kantamanto, die ihr Interviews gegeben haben.

susanne.giese@arcor.de

INFORMELLER MARKT

Warum der Wiederaufbau möglicherweise zu schnell kommt

Es mutet wie ein Wunder an, dass bei dem verheerenden Feuer im Januar nur ein Todesopfer zu beklagen war. Es hätte viel schlimmer kommen können, als Kantamanto, der Second-Hand-Markt in Accra, abbrannte.

VON SUSANNE GIESE

Der Wiederaufbau begann sofort, und zwar durch die Händler*innen selbst. Das zeigt einerseits, wie resilient die Kantamanto-Community ist. Andererseits kann der schnelle Wiederaufbau künftige Probleme kreieren, denn Sicherheit und andere wichtige Fragen werden wahrscheinlich erneut vernachlässigt. Schnell zu bauen bedeutet oft, ohne umfassende Planung und unter Vernachlässigung von Vorschriften zu bauen. So wird die nächste Katastrophe vorbereitet.

In der Tat wies die Infrastruktur des Marktes schwerwiegende Mängel auf, nicht nur im Hinblick auf die Brandrisiken. Die Überdachung war so dürrtig, dass bei Regen die Kleidungsstücke nass wurden und riesige Pfützen die Wege in Teiche verwandelten.

In normalen Zeiten finden in Kantamanto mehr als 30 000 Menschen eine Lebensgrundlage. Sie sind auf ihre tägliche Arbeit angewiesen. Unmittelbare Bedürfnisse überwiegen daher langfristige Überlegungen. Die Or Foundation, eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in Kantamanto konzentriert, hat 1 Million Dollar für den Wiederaufbau in Aussicht gestellt. Das Geld war für andere Zwecke vorgesehen, aber jetzt muss der Markt wieder in Gang kommen. In

erheblichem Umfang wird die Stiftung individuelle Erwerbstreibende unterstützen, die dringend Hilfe brauchen.

Bereits 2020 hatte ein Feuer Kantamanto teilweise verwüstet. Einer der Begünstigten der Or Foundation war damals der Schneider John Opoku Agyeman. Sein erfolgreiches Geschäft mit recycelten Textilien wurde unterbrochen, weil die Flammen seine Nähmaschinen zerstörten. Wie im informellen Sektor üblich, waren sie nicht versichert. Er sammelte mit einer Selbsthilfegruppe Geld für den Wiederaufbau. Auch dank der Nothilfe der Or Foundation kam er mit zwei neuen Nähmaschinen wieder ins Geschäft.

Zwei Tage nach dem Brand hat der Wiederaufbau bereits begonnen.



Foto: dpa / ZUMAPRESS.com / Julius Mortisi

WESTAFRIKA

Rückschläge wegen Donald Trump

Die neue Regierung in Washington streicht die Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) und agiert autoritär. Der ghanaische Politikwissenschaftler Vladimir Antwi-Danso beurteilt im Gespräch mit Hans Dembowski die Folgen für sein Land und seine Weltregion.

VLADIMIR ANTWI-DANSO IM INTERVIEW MIT HANS DEMBOWSKI

US-Präsident Donald Trump will die bilaterale Geberinstitution USAID abschaffen. Ihre Geldmittel wurden eingefroren. Was bedeutet das für Ghana?

Es ist schlimm. Unsere Regierung hat nach einer schweren Finanzkrise kaum Geld. Viele öffentliche Dienstleistungen hängen von Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) ab. Da USAID bislang vermutlich die wichtigste bilaterale Geberagentur ist, werden sehr viele Menschen die Einschnitte spüren.

Samantha Power, die unter Präsident Joe Biden USAID leitete, sagt, dass etwa 50 Prozent des USAID-Budgets von rund 40 Milliarden Dollar für das Gesundheitswesen auf internationaler Ebene und in vielen verschiedenen Ländern aufgewendet wurden.

Ich kenne die genaue Quote für Ghana nicht, aber viele Aktivitäten im Gesundheitswesen hängen tatsächlich von USAID ab. Diese Behörde hat zum Beispiel Aufklärungsarbeit zu Covid-19, Ebola und HIV/Aids finanziert. Sie hat Krankenhauspersonal fortgebildet und auch den Bau von

Kliniken unterstützt. Sie hat noch viel mehr getan. Wichtig ist auch die medizinische Forschung, die mit ihrem Geld gemacht wurde. Das Ziel war, unsere Gesundheitsprobleme besser zu verstehen und Lösungen zu finden. Wenn diese Arbeit aufhört, können unsere Ärzt*innen uns weniger gut helfen. Künftige Gesundheitskrisen werden in Ghana also schlimmer, weil sie uns unvorbereitet treffen.

Der Stopp der ODA-Mittel ist illegal. US-Präsidenten haben weder die Vollmacht, Haushaltsentscheidungen des Kongresses zu ändern noch Institutionen abzuschaffen, die der Kongress geschaffen hat. Ursprünglich wurde USAID per Erlass gegründet, aber der Kongress hat das später gesetzlich festgeschrieben. Vielleicht fließt das Geld bald wieder. Teilweise hat ein Gericht Trumps Einschnitte bereits gestoppt.

Ja, aber niemand weiß, für wie lang und wie viel danach noch fließt, und ob USAID überhaupt weiterbesteht. Trump tut so, als stehe er über dem Gesetz und testet, was er so erreichen kann. Er handelt erratisch und ist stolz auf seine



Foto: dpa / Sipa USA / Aaron Schwartz

Trauer um USAID in Washington.

„Der Personenkult um Trump erinnert an afrikanische Despoten.“

Unberechenbarkeit. Er weiß vermutlich nicht, was er hier auslöst, und es ist ihm offensichtlich egal. Schäden gibt es nicht nur im Gesundheitswesen. ODA-Geld ist auch in unserem Bildungswesen wichtig. In Ghanas Norden, der ärmsten Gegend, brauchen viele Menschen Lebensmittelhilfe. All das ist jetzt blockiert oder in der Schwebelage. Voraussichtlich werden Menschen sterben. Trumps ODA-Politik destabilisiert unseren Staat, und das ist in vielen anderen Ländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen genauso, wenn sie bisher von USAID unterstützt wurden.

Früh in Trumps erster Amtszeit verglich Trevor Noah, der südafrikanische TV-Kabarettist, der in den USA weltberühmt wurde, in einem sehr witzigen Filmchen Trump mit autoritären und korrupten afrikanischen Spitzenpolitikern. Erkennen Sie Ähnlichkeiten?

Ja, manche Parallelen fallen wirklich auf. Dazu gehört das absurde Gebaren als starker Herrscher, der alles und jedes im Griff hat, oder auch die Neigung, sich mit Günstlingen zu umgeben, die nur sagen, was der Chef hören will. Der Personenkult um Trump erinnert jedenfalls an afrikanische

Despoten. Dazu passt auch, dass Trumps Äußerungen oft inkohärent und sogar unplausibel sind. So etwas untergräbt den Anspruch auf Rechenschaftspflicht.

Es gibt aber auch Unterschiede. Trump ist transaktional in dem Sinne, dass er gerne irgendwelche Deals abschließt, die er dann als Riesenerfolge feiert. Außerdem will er Institutionen abreißen, während afrikanische Autokraten Institutionen benutzen wollen. Sie wissen, dass sie ohne sie nicht viel erreichen können. Also versuchen sie, sie zu manipulieren, aber nicht zu zerstören.

Ermutigt Trump afrikanische Autokraten?

Selbstverständlich. Sie mögen sein „America first“. Das macht es ihnen leicht, Nationalismus im Sinne von „Simbabwe zuerst“ oder „Burkina Faso zuerst“ zu propagieren. Ihnen gefällt auch, dass die internationale Aufmerksamkeit für ihre Länder in der neuen Trump-Ära abnimmt. Globale Standards, multilaterale Abkommen und supranationale Allianzen werden weniger wichtig. Trump greift sogar den Internationalen Strafgerichtshof an, den sie fürchten und entsprechend hassen.

Sie nannten eben Burkina Faso. In einem früheren Interview sagten Sie mir 2023, die Militärputsche dort sowie in Mali und Niger seien keine gewöhnlichen afrikanischen Staatsstreich. Sie betonten, die Juntas hätten nicht die Macht ergriffen, um sich zu berei-

chern, sondern um zerfallende Staaten zu stabilisieren. Sehen Sie das jetzt anders?

Nein, das stimmt im Großen und Ganzen. In den Augen ihrer Bürger*innen haben diese Militärregime hohe Legitimität. In vielerlei Hinsichten hatten gewählte Regierungen versagt. Die Leute hatten keine Perspektiven. Sie sahen nicht, dass ihre Länder sich auf eine Weise entwickelt hätten, die ihnen neue Entfaltungsmöglichkeiten gebracht hätte. Das hatte die Politik aber versprochen. Zugleich nahm die dschihadistische Gewalt zu. Dass Entscheidungstragende sich offensichtlich an Frankreich

„Die ECOWAS sollte sich darum bemühen, die Beziehungen zu den drei Militärregimen wieder herzustellen.“

orientierten, während französische Truppen, die bei der Aufstandsbekämpfung helfen sollten, mit ebenso arroganter wie ignoranter Brutalität agierten, näherte die Wut weiter. Die drei Länder sind heute wieder stabiler, obwohl der islamistische Terror gefährlich bleibt.

Dennoch sind Sie nicht für diese Militärregime, oder?

Regierungen müssen eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk haben, und für Militärregime gilt das per Definition nicht. Selbst wenn sie mit guten Absichten starten, kann sich ihre Haltung schnell ändern. Außerdem können Spannungen innerhalb der Truppen leicht zum nächsten Coup führen. Dieses Risiko halte ich zum Beispiel in Mali für relativ groß, weil es im Militär ethnische Spannungen gibt.

Trotz alledem hat die regionale Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) nicht klug auf die Coups reagiert. Sie hat die neuen Regime sogar gestärkt, weil der Eindruck entstand, die ECOWAS agiere im Sinne Frankreichs und anderer westlicher Länder. Es war auch von Anfang an klar, dass die Militärintervention, die manche ECOWAS-Spitzenleute vorschlugen, gar nicht möglich war. Diese drei Länder brauchten keine Sanktionen, sondern Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus. Meine klare Einschätzung ist, dass die ECOWAS militärische Unterstützung hätte leisten sollen – und dass solch eine Politik vermutlich immer noch klug wäre, um die Beziehungen wieder zu reparieren.

Aber Mali, Burkina Faso und Niger sind doch inzwischen aus der ECOWAS ausgetreten.

Offiziell ja, aber die Debatte ist nicht zu Ende, und für die kommenden drei Monate ist sogar eine Option des Umdenkens vereinbart. Wir brauchen dringend westafrikanische Kooperation und Solidarität. Vielen westlichen Beobachter*innen ist gar nicht klar, dass regionale Integration hier wichtiger ist als in der Europäischen Union. Unsere ethnischen Gemeinschaften leben typischerweise in Gebieten, die zu mehr als einem Staat gehören. Das gilt zum Beispiel für die Hausa-Fulani, die mit ihren Herden seit Jahrhunderten in der gesamten Sahelzone von Mali im Westen bis Niger und Nigeria im Osten umherziehen. Sie fühlen sich ihrer Volksgruppe mehr verbunden als irgend-einem Staat. Manche von ihnen haben keine Papiere, sie gehören formal also zu gar keinem Staat.

Im abgelegenen ländlichen Raum spielen Behörden ohnehin keine Rolle, sodass gemeinhin von unregierten Gegenden die Rede ist. Der Zusammenhalt der jeweiligen Gemeinschaften ist dort aber über Staatsgrenzen hinweg stark. Die Menschen spüren im Alltag den Austritt aus der ECOWAS gar nicht. Ich finde, die ECOWAS sollte sich darum bemühen, die Beziehungen zu den drei Militärregimen wieder herzustellen. Sie wurden zwar nicht gewählt, sie genießen aber das Vertrauen der Menschen und sie versuchen Schäden zu reparieren, für die gewählte Regierungen verantwortlich waren. Je besser die Zusammenarbeit läuft, desto kleiner wird die Wahrscheinlichkeit, dass diese drei neuen Militärregime zu den Verhaltensmustern zurückkehren, an die mich Donald Trump erinnert.



VLADIMIR ANTWI-DANSO ist seit kurzem im Ruhestand und war zuvor der Dekan der ghanaischen Streitkräfte-Hochschule (GAFCSO).

vladanso@yahoo.com

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Nachhaltiger Umgang mit Mopanewürmern in Simbabwe

Mopanewürmer sind reich an Eiweiß und eine bedeutende Einkommensquelle in Simbabwe. Doch Klimawandel, Entwaldung und Überernte dezimieren ihren Bestand. Neue Initiativen für nachhaltige Landwirtschaft setzen darauf, sie zu schützen – auch vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Ernährungskrise.

VON DERICK MATSENGARWODZI



Foto: dpa / AP Photo / Tsvangirayi Mukwazhi

Der Mopanewurm ist eine wichtige Nahrungsquelle in Simbabwe.

Der Mopanewurm ist das Raupenstadium des Nachtfalters *Gonimbrasia belina*, der im südlichen Afrika heimisch ist. Die Raupe ernährt sich hauptsächlich vom Mopanebaum und dient der lokalen Bevölkerung als wichtige Nahrungsquelle, besonders in ländlichen Regionen. In den vergangenen 20 Jahren schwankten die Ernten des Mopanewurms in Simbabwe stark und beeinträchtigten die Ernährungssicherheit vieler Menschen. Gerade in Dürreperioden sind sie wegen des hohen Protein-, Fett- und Zinkgehalts auf den Wurm angewiesen.

Bedroht wird der Mopanewurm unter anderem durch Klimawandel, Abholzung und frühzeitige Ernte für kommerzielle Zwecke. In einigen Regionen ist die Art bereits ausgestorben. Im Jahr 2024 hat die durch das Wetterphänomen El Niño verursachte Dürre, die allein in Simbabwe fast 7,6 Millionen Menschen in den Hunger getrieben hat, die Knappheit verschärft. Die niedrigen Ernteerträge führten zu einem Mangel an Protein und Zink. Viele litten deshalb unter Hunger, Unterernährung oder hatten mit Einkommensverlusten zu kämpfen.

NACHHALTIGE ERNTEMETHODEN VERMITTELN

Blessing Mutedzi ist ein Landwirt aus Chiredzi, einer Stadt im Südosten Simbawwes. Er hat ein Zuchtprojekt für Mopanewürmer ins Leben gerufen, um ihre schrumpfende Population zu erhalten. Das 2015 gestartete Projekt zielt darauf ab, das Angebot zu erhöhen und die Würmer in den Wäldern vor nicht nachhaltigen Praktiken wie Überernte und Abholzung zu schützen.

Dank einer Ausbildung an einem lokalen College vermittelt Mutedzi nun auch anderen Bäuerinnen und Bauern die nachhaltigen Erntemethoden. „Wir sind die Einzigen, die Mopanewürmer züchten. Mir ist noch niemand mit einem ähnlichen Vorhaben begegnet“, sagte er der Nachrichtenplattform New Zimbabwe.

Mutedzi erklärte, dass sie einige der gezüchteten Raupen in den Wald freilassen, wo sie sich zu Nachtfaltern entwickeln. Dies trage dazu bei, die Würmer in der freien Natur zu erhalten. Seit Beginn des Projekts ernte er regelmäßig rund 20 Kilogramm Würmer pro Monat.

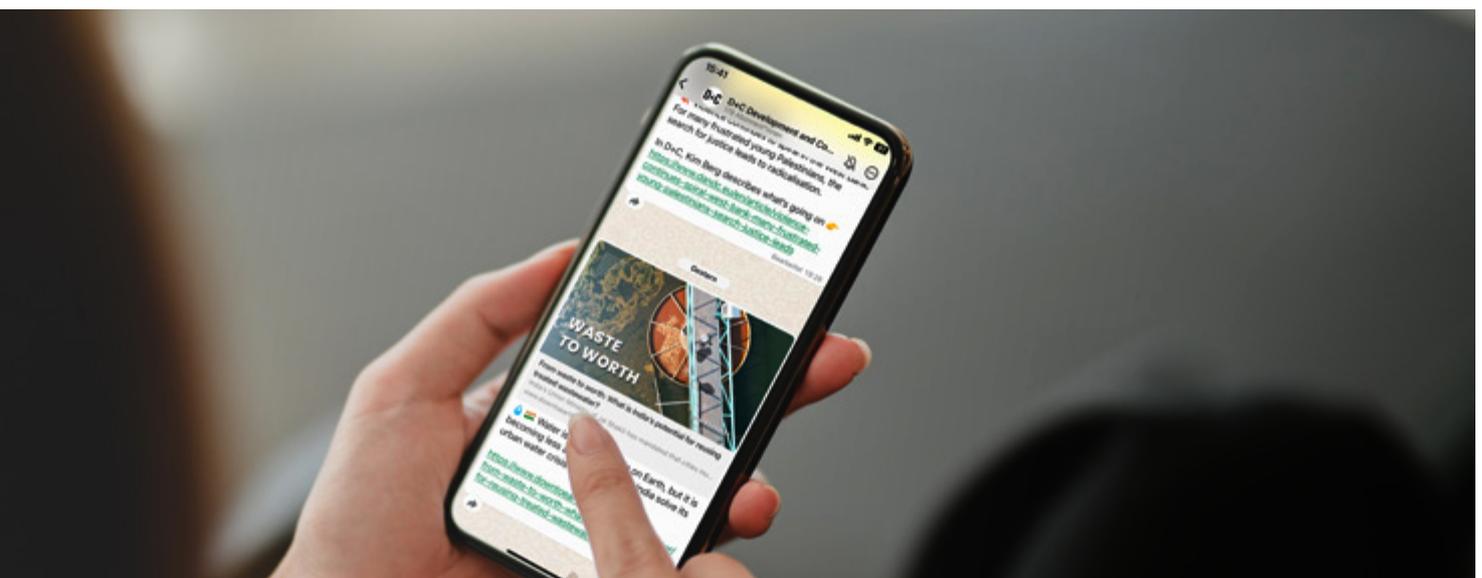
Noch ein weiteres Projekt zur Semi-Domestizierung von Mopanewürmern sei ins Leben gerufen worden, berichtet Lesley Macheka, Leiter der Abteilung Innovation und Industrialisierung an der Marondera University of Agricultural Sciences and Technology (MUASt). „Es ist höchste Zeit, dass wir über die Semi-Domestizierung von Mopanewürmern nachdenken, um ihre Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit sicherzustellen“, sagte er. „Ich freue mich, dass dies bereits im Land geschieht, wenn auch noch in kleinem Maßstab.“



DERICK MATSENGARWODZI

ist freiberuflicher Journalist in Harare, Simbabwe.

derickm01@gmail.com



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

In Zukunft investieren



Illustration: E+Z, Bild mit KI generiert

Gelder aus der Entwicklungsfinanzierung sichern lebenswichtige Bereiche wie Gesundheit und Ernährung. Für diesen Schwerpunkt haben wir mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz eine Bilderserie zu Entwicklungsfinanzierung erstellt.

UNSERE SICHT

Leben finanzieren

Der weltweit größte Einzelgeber hat seine Entwicklungszusammenarbeit stillgelegt: Die Gelder der USAID sind für 90 Tage eingefroren und werden überprüft. Diese Maßnahmen des US-Präsidenten kosten bereits jetzt Menschenleben. Die Weltgemeinschaft muss retten, was zu retten ist – und versuchen, die Lücken sinnvoll zu schließen.

 VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Mehr als 30 Milliarden Dollar hat die US-Entwicklungsbehörde USAID 2024 ausgegeben. Milliarden, die nun 2025 erstmal nicht fließen – nicht in Gesundheit, Nahrung oder Bildung weltweit.

Was das konkret bedeutet, zeigt sich beispielsweise in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, von wo aus ich diese Zeilen schreibe. Kondome, die bisher über ein Programm der USAID kostenfrei verteilt wurden, werden nun für umgerechnet etwa 30 Cent pro Stück verkauft. Rund ein Viertel der Menschen lebt hier immer noch von weniger als zwei Dollar am Tag. Darunter sind viele HIV-Infizierte. Die blicken, wie fast überall in Afrika, einer besonders unsicheren Zukunft entgegen. Direkt nach dem USAID-Stopp nahmen viele ihre Medikamente eine Zeitlang nicht mehr ein. Ein Sozialarbeiter, der in einer armen Gemeinde in der Metropolregion arbeitet, berichtete mir, dass in seinem Einzugsgebiet mittlerweile eine italienische Privatorganisation eingesprungen sei. Die kenianische Regierung gab bekannt, dass ihre Vorräte an den benötigten Medikamenten nur für sechs Monate reichen würden.

Die Situation ist gravierend, und es wäre blauäugig zu behaupten, sie werde bald besser. Defizite aus dem Kahlschlag bei amerikanischen Entwicklungsgeldern sind in den im Februar erschienenen OECD-Report „Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2025“ noch gar nicht eingepreist. Dennoch prognostiziert der Ausblick eine jährliche Finanzierungslücke von 6,4 Billionen Dollar, um die Sustainable Development Goals (SDGs) bis 2030 zu erreichen – aktuell liegt dieses Defizit bereits bei vier Billionen.

Dennoch steht die globale Entwicklungszusammenarbeit nicht still. Der Weltbankfonds IDA etwa, wichtigster Finanzierer von Ländern mit niedrigen Einkommen, kann in den

nächsten drei Jahren die Rekordsumme von 100 Milliarden Dollar investieren.

Akteure, die an multilaterale Zusammenarbeit und globale Güter glauben, müssen weitermachen. Dabei kommt es auf Regierungen an, aber auch auf den Privatsektor, die Zivilgesellschaft und das Zusammenspiel aller.

Eine Gelegenheit dafür ist die Fourth International Conference on Financing for Development (FfD4) Ende Juni in Sevilla. Aber auch hier ist Realismus angebracht: Wenn das mächtigste Land der Welt Entwicklungszusammenarbeit für einen schlechten Deal hält, dann steht für den Rest wohl eher Schadensbegrenzung statt Fortschritt an der Tagesordnung.

Aufgeben ist keine Option. Die düstere Lage hält auch Chancen bereit. Für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen ergibt sich nun die Möglichkeit, die globale Finanzreform stärker selbst zu steuern. Auch muss jetzt die Zeit sein, sich auf die Qualität von Finanzierungen zu konzentrieren, um mit weniger Mitteln effektiver und nachhaltiger zu agieren.

Es geht bei Entwicklungsfinanzierung nicht nur um Geldflüsse. Es geht darum, zu überleben – kurzfristig in Ländern mit humanitären Krisensituationen; langfristig überall auf einem Planeten, der bewohnbar bleiben muss.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu

Der Financing- for-Development- Prozess

Wie Entwicklung finanziert wird:
Übersicht in Daten und Fakten

VON ISAH SHAFIQ

Wie stark müssten
Investitionen wachsen, um
die SDGs zu erreichen?

2002, *Mexiko*

Konsens von Monterrey: Erste umfassende internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung. Diskutiert wird, wie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern so optimiert werden können, dass sie mehr inländische Ressourcen und ausländische Direktinvestitionen mobilisieren. Handelsliberalisierungen sollten bessere Exportkonditionen für Entwicklungsländer schaffen, die Ergebnisse bleiben jedoch hinter den Forderungen zurück. Das Ziel, dass Industrieländer bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA-Leistungen (Official Development Assistance) bereitstellen wollen, wird bekräftigt, aber nicht zugesagt.



2008, Katar

Doha-Erklärung: Angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer wird eine Reform und Stabilisierung des internationalen Finanzsystems gefordert. Auch sollen Entwicklungsländer mehr Mitspracherecht in den globalen Finanzinstitutionen, wie dem IWF und der Weltbank, erhalten. Darüber hinaus steht die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung im Fokus.

2015, Äthiopien

Addis-Abeba-Aktionsagenda: Die bisherigen Ziele werden bekräftigt und mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie der Klimafinanzierung verknüpft. Der Fokus liegt auf der Mobilisierung neuer Finanzierungsquellen, etwa durch öffentlich-private Partnerschaften. ODA soll verstärkt dafür eingesetzt werden, private Kapitalflüsse zu aktivieren. Besonders betont werden die Bedeutung einer nachhaltigen öffentlichen Schuldenpolitik und die Notwendigkeit von Schuldenerlassen für Länder, die von Krisen betroffen sind.

2025: Spanien, Sevilla

Die Umsetzung der bisherigen Vereinbarungen soll evaluiert werden. Auf der Agenda stehen erneut die SDGs sowie eine Reform der internationalen Finanzarchitektur. Zu den Themen zählen unter anderem die Überschuldung, internationale Zusammenarbeit im Bereich Steuern und illegale Finanzströme, Privatwirtschaft und Handel sowie ODA und multinationale Entwicklungsbanken.

Entwicklungsfinanzierung in Zahlen:

0,37 Prozent

des Bruttonationaleinkommens gaben die OECD-DAC-Länder 2022 für ODA aus. Damit liegen sie weit hinter ihrem Ziel von 0,7 Prozent zurück.*

6,4 Billionen Dollar

schätzte die OECD Ende 2024 die Finanzierungslücke für das Erreichen der SDGs bis 2030.** Die Reduzierung der US-amerikanischen Entwicklungsgelder ist hier noch nicht eingepreist.

11 Prozent

des Bruttonationaleinkommens macht Entwicklungshilfe in sieben afrikanischen Ländern durchschnittlich aus.*** USAID stellte davon bisher rund 30 Prozent. Die Zerschlagung könnte dort Einbußen von über drei Prozent des BNE verursachen. Am härtesten trafe es Südsudan und Somalia, aber auch Sudan und DR Kongo.

Um 36 Prozent

stieg der jährliche Finanzierungsbedarf für Entwicklung in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zwischen 2015 und 2022. Die Mittel stiegen in diesem Zeitraum allerdings nur um 22 Prozent. Die Finanzierungslücke ist damit von 2,5 Billionen auf rund 4 Billionen Dollar im Jahr gestiegen.**

4 von 10 Menschen

weltweit leben in Ländern, die mehr für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung oder Gesundheit.***

24,3 Prozent

des Bruttonationaleinkommens betragen die durchschnittlichen Auslandsschulden in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen im Jahr 2023. Damit waren sie im Verhältnis etwas geringer als im Corona-Jahr 2020 mit 28,6 Prozent.****

100 Milliarden Dollar

wird der Weltbank-Fonds IDA in den nächsten drei Jahren für Entwicklungsinvestitionen zur Verfügung stellen. Eine Rekordsumme.

* Quelle: OECD Trends and Statistics.

www.oecd.org/en/topics/oda-trends-and-statistics.html

** Quelle: OECD „Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2025“: oecd.org/en/publications/global-outlook-on-financing-for-sustainable-development-2025_753d5368-en.html

*** Quelle: Semafor „Seven African countries to be hit hardest by Trump's USAID cuts“: www.semafor.com/en/news/seven-african-countries-to-be-hit-hardest-by-trump-s-usaid-cuts

Trump's USAID cuts hit Africa hardest | Semafor

**** Quelle: UNCTAD „A World of Debt“:

unctad.org/publication/world-of-debt

***** Quelle: Weltbank. datatopics.worldbank.org/debt/ids/regionanalytical/lmy/coupartarea/wld



ISAH SHAFIQ

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu



Wo Ökosysteme noch intakt sind, braucht es Finanzierung, um sie zu erhalten.

KLIMAFINANZIERUNG

„Die Mittel zu kürzen, wird sie nicht retten“

Hindou Oumarou Ibrahim vertritt Indigene Völker auf internationalen Konferenzen. Sie ist überzeugt: Wenn Geberländer die Mittel für internationale Entwicklung und Klimaschutz kürzen, zahlen sie langfristig selbst den Preis.

HINDOU OUMAROU IBRAHIM IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

„Die Institutionen, die internationale Gelder verwalten, glauben, alles besser zu wissen. Aber wenn ihr Ansatz funktionieren würde, dann wären unsere Wälder nicht abgeholzt, und wir hätten nicht mit immer stärkeren Klimakatastrophen zu kämpfen.“

Als Vertreterin Indigener Völker müssen Sie voller Optimismus gewesen sein, als öffentliche und private Geber 2021 rund 1,7 Milliarden Dollar über fünf Jahre zur Unterstützung Indigener Völker zusagten. Damit erkannten sie auch die wichtige Rolle von Indigenen Völkern beim Naturschutz an. Wie haben Sie diesen Moment erlebt?

Ich war auf der COP26, als die 1,7-Milliarden-Dollar-Zusage gemacht wurde. Ich habe applaudiert, mit Staatsoberhäuptern gesprochen und hatte das Gefühl, dass die Stimmen der Indigenen Völker nun endlich gehört würden. Endlich schien man zu verstehen, dass es keine „Geber“ und „Empfänger“ gibt, sondern dass es um Zusammenarbeit geht. Die einen schützen die natürlichen Ressourcen, die anderen steuern die Finanzierung bei. Doch auf der COP28 wurde bekannt, dass nur etwa zwei Prozent der fast 500 Millionen Dollar, die bis Ende 2022 für Indigene Völker ausgegeben worden waren, tatsächlich bei den Indigenen Gemeinschaften angekommen sind. Ich war schockiert. Der Rest ging an internationale NGOs, UN-Organisationen und Regierungen, wo ein Großteil der Gelder in der Bürokratie versickert.

Die Situation hat sich nur geringfügig verbessert: 2023 sind etwa zehn Prozent der Mittel direkt an Indigene Gemeinschaften geflossen. Warum kommt

das Geld nicht direkt bei den Menschen vor Ort an?

Die Institutionen, die die Gelder verwalten, sind davon überzeugt, dass nur sie wissen, was zu tun ist. Statt die Indigenen Gemeinschaften selbst entscheiden und die Maßnahmen steuern zu lassen, bauen sie bürokratische Hürden auf und behaupten, wir bräuchten „capacity building“. Das zeigt einen tiefen Mangel an Vertrauen und Verständnis. Wir brauchen kein Capacity Building: Wir brauchen Mittel, um die Natur zu erhalten, so wie wir es seit Generationen tun. Wir sind die besten Naturschützer der Welt. Stattdessen sollten die Institutionen selbst Capacity Building betreiben und lernen, die Ansätze und Lösungen Indigener Gemeinschaften zu verstehen und zu fördern. Ich habe einen Bericht über die finanziellen Bedürfnisse Indigener Völker verfasst, der auf der 23. Sitzung des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten im Jahr 2024 vorgestellt und vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen angenommen wurde. Darüber hinaus haben wir Leitlinien entwickelt, wie Indigene Gemeinschaften finanziell gefördert werden können – ohne zwischengeschaltete Stellen.

Warum ist es so wichtig, dass Indigene Völker direkten Zugang zu den Geldern haben?

Zum einen, weil Entwicklungs- und Klimafinanzierung echte Veränderungen unterstützen sollte – und Indigene Völker diejenigen sind, die Klimaschutzmaßnahmen vor Ort vorantreiben. Da sie sehr naturverbunden leben, entwickeln sie auch ständig neue Lösungen, um ihre Umwelt widerstandsfähiger zu machen und an den Klimawandel anzupassen. Sie schützen unser Land, unsere Wälder, unser Weideland und unsere Meere. Zum anderen: Wenn wir mehr Gerechtigkeit und Integration wollen, müssen wir in diejenigen investieren, die es am dringendsten brauchen. Ob in Skandinavien, Nord- und Südamerika, Neuseeland oder in Entwicklungsländern: Indigene Völker haben noch heute oft keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder sauberem Wasser. Das Hirtenvolk der Mbororo im Tschad, dem ich angehöre, muss aus Flüssen und Seen trinken, es gibt keine ärztliche Versorgung in der Nähe, und der Zugang zu Bildung ist schwierig.

Können Sie ein Beispiel nennen, wie Indigene Völker die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Natur in ihren Gemeinschaften verbessern?

Im Tschad bringen wir traditionelles Wissen und aktuelle Forschung zusammen. Wir nutzen Satellitenbilder und Geodaten, um partizipative Karten zu erstellen. Anhand dessen ermitteln die Gemeinschaften, wo die Umwelt geschädigt ist und die Artenvielfalt verloren geht. Auf Basis ihres traditionellen Wissens entwickeln sie dann Pläne zur Regeneration und zum Naturschutz. Zum Beispiel pflanzen sie neue Bäume oder stellen Wasserquellen wieder her.

Nicht nur Sie beklagen, dass die Mittel nicht effektiv eingesetzt werden. Wo liegen die Schwächen der bisherigen Klimafinanzierung?

Viele Gelder, auch die 1,7 Milliarden Dollar, werden nur für bestimmte Gebiete in bestimmten Ländern ausgegeben. Sie sollen zum Beispiel in die Tropenwälder des Kongobeckens in der Demokratischen Republik Kongo investiert werden. Um Ihnen eine Vorstellung von der Größe des Kongobeckens zu geben: Es umfasst elf Länder! Dieser Ansatz verkennt, dass Ökosysteme vernetzt sind. Die Natur kennt keine Grenzen. Wenn man einen Teil schützt und einen anderen vernachlässigt, gerät das Gleichgewicht aus den Fugen. Im Tschad gibt es Wüsten im Norden, Savannen im Zentrum und tropische Wälder im Süden. Der Klimawandel zwingt Menschen und Tiere, auf der Suche nach Wasser und Nahrung vom Norden in die Tropenwälder im Süden zu wandern. Wer also das Gleichgewicht im Tropenwald erhalten will, muss auch die Savanne schützen.

Wie würde eine gute, direkte Finanzierung aussehen – können Sie ein Beispiel nennen?

Die effektivste finanzielle Unterstützung, die ich je erhalten habe, habe ich durch Auszeichnungen oder Stipendien bekommen. Ich habe 2019 den Pritzker Emerging Environmental Genius Award der University of California erhalten, gefolgt vom Rolex Award for Enterprise 2021 und dem Diane von Fürstenberg Award 2022. Da die Förderungen nicht an starre Bedingungen geknüpft waren, konnte ich Risiken eingehen und meine Projekte nach Bedarf anpassen. Den Rolex Award habe ich zum Beispiel bekommen, um ein partizipatives Kartierungsprojekt im Tschad und in Niger umzusetzen. Wir haben mit einer Organisation in Niger zusammengearbeitet und große Fortschritte gemacht. Doch als dort die Krise ausbrach, konnten wir nicht weitermachen. Statt mich unter Druck zu setzen, halfen mir meine Partner, das Projekt in eine andere Region im Tschad zu verlegen. Genau diese Flexibilität braucht es, damit von Indigenen geführte Projekte Erfolg haben können.

War das Projekt denn trotzdem erfolgreich?

Ja, wir haben sogar einen historischen Durchbruch erzielt: Zum ersten Mal haben Frauen in meiner Gemeinde Landrechte zugesprochen bekommen. Das hat es noch nie gegeben. Sie begannen, das Land zu bewirtschaften, bekamen Zugang zu Märkten und verdienten ihr eigenes Einkommen.

Wie kam es dazu?

Nachdem wir gemeinsam die Karten erstellt hatten, kamen alle Gemeinden zusammen, um Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. In den Diskussionen haben wir gemerkt, dass auch die Frauen mitmachen müssen, dafür aber Landrechte brauchen. Bei uns wird Besitz über Indigenes Gewohnheitsrecht geregelt und die Dorfobersten verfü-

gen über große Landflächen. Sie beschlossen kurzerhand, 233 Frauen einen Teil des Landes zu überlassen. Nachdem diese mit der Bewirtschaftung begonnen hatten, stellten sie ein weiteres Problem fest: Viele ihrer Kinder gingen nicht zur Schule. Also stellten wir einen Genehmigungsantrag, und die Gemeinde baute eine Schule. Heute besuchen dort mehr als 100 Kinder den Unterricht. Diese Kinder werden in 20 Jahren die nächsten Führungspersonen sein. So beginnt echte, dauerhafte Veränderung – und all das war möglich, weil Frauen Landrechte bekommen haben. Das Projekt hat übrigens sogar die Oberhäupter von zwei weiteren Gemeinden so begeistert, dass auch sie einen Teil des Gemeindelandes an Frauen gegeben haben. Stellen Sie sich vor, nur ein Bruchteil der 1,7 Milliarden Dollar, die den Indigenen Völkern versprochen wurden, würde auf diese Weise ausgegeben. Die Wirkung wäre enorm! Finanzierung kann Wunder bewirken, wenn sie flexibel eingesetzt wird und auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht.

Häufig fließen nur kleinere Summen direkt an Indigene Völker. Ist das sinnvoll?

Mit symbolischen Beträgen von 10 000 bis 15 000 Dollar werden wir nie echte Lösungen entwickeln können. Wir brauchen Vertrauen, Risikotoleranz und Direktinvestitionen. Und wenn wir auf dem Weg Fehler machen, können sowohl wir als auch die Finanzierungsinstitutionen daraus lernen und es besser machen. Die Institutionen, die internationale Gelder verwalten, glauben, alles besser zu wissen. Aber wenn ihr Ansatz funktionieren würde, dann wären unsere Wälder nicht abgeholzt, und wir hätten nicht mit immer stärkeren Klimakatastrophen zu kämpfen. Sie sind es, die ihre Gelder nicht effizient einsetzen.

Die aktuelle Situation ist besonders schwierig: Die USA planen den Rückzug aus der internationalen Zusammenarbeit und auch andere reiche Länder kürzen ihre Gelder. Was denken Sie darüber?

Das ist zutiefst ungerecht. Die westlichen Nationen scheinen vergessen zu haben, wie sie reich geworden sind: Sie haben die natürlichen Ressourcen anderer Länder ausgebeutet, die unser gemeinsames ökologisches Kapital sind. Sie haben den Klimawandel herbeigeführt, unter dem jetzt insbesondere diejenigen leiden, die direkt von der Natur abhängig sind. Dennoch tun sie so, als sei es eine gute Tat, Entwicklungsländern zu helfen. Das ist es nicht: Es ist Gerechtigkeit. Am Ende werden sie selbst den Preis dafür zahlen. Die Mittel zu kürzen, wird sie jedenfalls nicht retten.

Wovor?

Glauben sie wirklich, dass sie sich schützen können, indem sie ihren Reichtum horten? Sie können Mauern bauen, sie

können sich abschotten – aber es gibt nun mal nur eine Atmosphäre. Die Umweltverschmutzung in Europa und den USA ist viel schlimmer als in vielen Entwicklungsländern. In unseren Wäldern im Tschad können wir noch frische Luft atmen, während die Luft in Berlin, Paris, New York oder Washington giftig ist. Was ich sagen will: In den globalen Süden zu investieren bedeutet für die reichen Länder, in ihr eigenes Überleben zu investieren. Die gesündesten Ökosysteme, die größte Artenvielfalt und die letzten unberührten Landstriche befinden sich schließlich in unseren Gebieten. Mehr noch: Wenn die westlichen Nationen die Klimafinanzierung einstellen, verlieren sie jedes moralische Recht, Entwicklungsländern vorzuschreiben, wie sie mit ihren Ressourcen umzugehen haben.

Setzen die reichen Länder ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel?

Die Nationen, die der Welt Demokratie und Menschenrechte gepredigt haben, ziehen sich stillschweigend zurück. Sie haben internationale Organisationen wie die UNO gegründet, aber jetzt wollen sie ihren Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht mehr nachkommen. Wenn sie schon ihre eigenen Regeln und Grundsätze nicht einhalten – wie können sie das dann von anderen erwarten?

Was erwarten Sie von der Vierten Financing-for-Development-Konferenz (FfD4)?

Es ist eine Gelegenheit, die Begriffe „Entwicklung“ und „Schulden“ neu zu definieren. Bisher wurden sie von den sogenannten Industrieländern geprägt. Doch anstatt nur über die finanzielle Verschuldung der Entwicklungsländer zu sprechen, müssen wir über die ökologischen Schulden der Industrieländer sprechen – für den Schaden, den sie unserem Planeten zugefügt haben. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass sie die Bedingungen diktieren. Wir müssen sie zur Rechenschaft ziehen, wenn sie ihre eigenen Versprechen nicht einhalten und den bedürftigsten Ländern die Mittel entziehen. Die FfD4 ist eine Chance für Entwicklungs- und Industrieländer, auf Augenhöhe miteinander zu sprechen und die Menschen mit einzubeziehen, die vor Ort aktiv sind. Indigene Völker müssen mit am Tisch sitzen, wenn über Verträge, Abkommen und Erklärungen verhandelt wird. Ich appelliere an alle Staats- und Regierungschefs, sich vor dieser Konferenz gründlich Gedanken darüber zu machen, wie sie die Weltwirtschaft verändern und unsere Welt fairer und gerechter machen können – und dann Ideen in die Verhandlungen einzubringen, die umsetzbar und realistisch sind.

LINKS

Ibrahim, H. O., 2024: Indigenous Peoples are the world's best conservationists. Climate funders must recognize that. time.com/6983186/indigenous-peoples-climate/

UN ECOSOC, 2024: Financing the future: the financial needs of Indigenous Peoples to support their actions for biodiversity, climate and the protection of Mother Earth digitallibrary.un.org/record/4038517?v=pdf

Principles and guidelines for direct access funding for Indigenous Peoples' climate action, biodiversity conservation and fighting desertification for a sustainable planet: [assets.takeshape.io/86ce9525-f5f2-4e97-81ba-54e8ce-933da7/dev/01375808-c4d4-412c-80a5-8a516e835976/Indigenous%20peoples%20-%20principles%20%26%20guidelines%20for%20direct%20access%20funding.pdf](https://assets.takeshape.io/assets/86ce9525-f5f2-4e97-81ba-54e8ce-933da7/dev/01375808-c4d4-412c-80a5-8a516e835976/Indigenous%20peoples%20-%20principles%20%26%20guidelines%20for%20direct%20access%20funding.pdf)



HINDOU OUMAROU IBRAHIM

ist die Vorsitzende der Vereinigung für Indigene Frauen und Völker des Tschad (Association for Indigenous Women and Peoples of Chad, AFPAT).

afpat.net

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

„Wir leben nicht im Zeitalter der Perspektivlosigkeit“

Unser Gespräch mit Achim Steiner, Leiter des UN-Entwicklungsprogramms, fand am 20. Januar 2025 statt, am Tag der Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump. Wenige Stunden und Tage später stiegen die USA aus dem Pariser Klimaabkommen aus, verließen die Weltgesundheitsorganisation, und USAID schloss seine Pforten. Ein Ausblick auf die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung und die Internationale Financing-for-Development-Konferenz im Sommer.

ACHIM STEINER IM GESPRÄCH MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Herr Steiner, die Entwicklungspolitik ist im Umbruch: Schon in den letzten Jahren haben viele OECD-Länder ihre Gelder umgewidmet und mehr für die Ukraine oder Flüchtlingsarbeit im eigenen Land ausgegeben. In Deutschland wird der Sinn von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zunehmend in Frage gestellt. Wie erleben Sie diese Zeit?

Wir erleben einen Moment großer Unsicherheit. Niemand kann genau vorhersagen, was die kommenden Monate oder Jahre bringen werden. Zugleich wachsen die geopolitischen Spannungen, es gibt mehr Konflikte und Instabilität. Da fragt man sich schon: Wird es uns gelingen, diesen Krisen gemeinsam zu begegnen?

Die Frage stellen sich sicher viele im Augenblick. Was muss geschehen, damit das gelingen kann?

Wir müssen zusammenarbeiten. Multilateralismus ist kein bloßes Credo – es ist die Plattform, die uns ermöglicht, trotz aller Unterschiede gemeinsam in die Zukunft zu investieren. Globale Herausforderungen wie Pandemien, Cybercrime oder Klimawandel lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Dass internationale Kooperation abgewertet und zum Spielball nationaler Debatten wird, macht mir große Sorgen. In dieser Größenordnung haben wir das lange nicht mehr erlebt. Hinzu kommt, dass wir unsere internationalen Institutionen seit Jahren vernachlässigt haben. In den 1990er- und 2000er-Jahren schien die Welt so stabil, dass multilaterale Strukturen

weniger notwendig schienen. Jetzt werden wir erkennen, wie unverzichtbar sie sind, und wie zentral die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit ist.

Schon bevor die USA auf Konfrontationskurs mit dem Multilateralismus gegangen sind, war diese Zusammenarbeit nicht immer einfach. Auf der COP29 forderten die EU und die USA China auf, sich stärker an der Klimafinanzierung zu beteiligen. Zu Recht?

Grundsätzlich ja – doch viele unterschätzen, dass China bereits ein Schlüsselakteur bei der globalen Energiewende ist und für viele Entwicklungsländer den Umstieg auf Solar- und Windkraft erst ermöglicht hat. In den letzten 20 Jahren hat das Land seine Produktion ausgeweitet und die

„Viele unterschätzen, dass China bereits ein Schlüsselakteur bei der globalen Energiewende ist und für viele Entwicklungsländer den Umstieg auf Solar- und Windkraft erst ermöglicht hat.“

Kosten für erneuerbare Energien weltweit gesenkt. In Afrika sind die Kosten pro Kilowattstunde dadurch heute 80 Prozent niedriger als vor zehn Jahren. Auch mit günstigen Elektroautos hat China einen Marktdurchbruch erzielt. Zudem investiert es mit Milliardenbeträgen in Entwicklungsländer und hat sich auf der COP29 in Baku erneut dazu verpflichtet. China ist heute unverzichtbar für die globale Energie- und Mobilitätswende.

China handelt vor allem im Eigeninteresse und erlangt erheblichen Einfluss in afrikanischen Ländern. Muss man der chinesischen Expansion nicht etwas entgegensetzen?

Jedes Land verfolgt nationale Interessen, und das sollte man ihnen nicht absprechen. Auch Deutschland hat als Exportnation ein ureigenes Interesse daran, stabile und wachsende Märkte zu fördern. Europa und die USA bieten Entwicklungsländern mit Initiativen wie Global Gateway aber auch bereits gezielt alternative Finanzierungsquellen zur chinesischen Finanzierung an. Solch ein Wettbewerb muss nicht grundsätzlich destruktiv sein, er kann auch Innovation fördern. Wichtig ist, den Wettbewerb fair zu gestalten, auf die richtigen Ziele auszurichten und uns die Fähigkeit zu erhalten, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Um Transparenz und mehr gegenseitige Verlässlichkeit zu schaffen, könnte etwa ein klarer Kriterienkatalog helfen.

Auch Indien und die Golfstaaten sind wichtige Investoren gewor-

den. Wie kann man mit ihnen zusammenarbeiten?

Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate investieren massiv in grüne Energietechnologien. Deshalb ist es wichtig, mit ihnen zusammen internationale Finanzinvestitionen zu gestalten und das Kreditvolumen der multilateralen Entwicklungsbanken zu erhöhen. Mit der Kapitalaufstockung der Weltbank im Dezember 2024, dem IDA21-Replenishment, ist der erste Schritt dahin gelungen.

Im Juni findet in Sevilla die vierte internationale Financing-for-Development-Konferenz (FfD) statt. Lassen Sie uns einen Blick zurück werfen: Was hat sich seit der letzten FfD-Konferenz vor zehn Jahren in Addis Abeba getan?

Zunächst gab es viel Rückenwind, und die EZ-Ausgaben gemessen in ODA-Zuschussäquivalenten sind auf über 200 Milliarden Dollar im Jahr gestiegen. Außerdem ist uns die Bedeutung des Privatsektors immer klarer geworden, und wir haben wichtige Erfolge mit grünen Anleihen auf Kapitalmärkten erzielt. Zwar haben sich die anfänglichen Hoffnungen nur bedingt bewahrheitet, in der Klimafinanzierung aber haben privatwirtschaftliche Mittel enorme Wirkung erzielt. Für 2024 werden die weltweiten Investitionen in neue Stromerzeugungsinfrastrukturen auf etwa 3 Billionen Dollar geschätzt, wovon zwei Drittel in saubere Energiequellen fließen. Doch weniger als zwei Prozent davon wurden auf dem afrikanischen Kontinent investiert, wo der Bedarf an Finanzie-

rung und neuer Energieinfrastruktur am größten ist. Hinzu kommt die Verschuldungskrise. Während einige Länder also erfolgreich Finanzmittel mobilisieren konnten, befindet sich ein Großteil der ärmsten Länder in einer Art Rückschlagsphase.

Wieso ist es so schwierig, ausgerechnet die ärmsten Länder zu erreichen?

Arme Länder sind anfälliger für äußere Schocks und haben zugleich weniger Möglichkeiten, darauf zu reagieren. In der Coronapandemie konnten reiche Staaten durch Steuern, Anleihen oder Schulden wirtschaftliche Schocks abfedern, während ärmeren Ländern die Mittel dafür fehlten. Für Anleihen mussten sie extrem hohe Zinsen zahlen. Durch die Verschuldungskrise geben viele arme Länder mehr für Zinsen auf internationale Schulden aus als für Bildung oder Gesundheit. Zudem fehlt es an stabilen Institutionen, Transparenz auf Kapitalmärkten und etablierten Börsen. Internationale Anleger meiden viele dieser Länder, weil sie gerade in Krisenzeiten kein Risiko eingehen möchten.

Welche Ansätze gibt es, hier dennoch zu unterstützen?

Erfolgsbeispiele aus Ostasien, China oder Lateinamerika zeigen: Wo der Staat Rahmenbedingungen wie öffentliche Stromversorgung und digitale Infrastruktur bereitstellt, können sehr schnell neue Märkte entstehen. Wir unterschätzen manchmal, wie viel EZ hier bewirken kann, etwa durch Exportkreditfinanzierung, um Risiken zu

mindern und Privatkapital zu mobilisieren, oder durch Reformen für effizientere Steuersysteme. Wir haben mit UNDP und der OECD zusammen etwa das Programm „Tax Inspectors without Borders“ gestartet und beraten Länder dabei, Steuerflucht internationaler Unternehmen zu verhindern. Obwohl es nur ein kleines Programm ist, konnten bereits über 2 Milliarden Dollar Steuereinnahmen gesichert werden, die sonst nie geflossen wären.

Wenn sich wichtige Geberländer zurückziehen, was wird dann aus den ärmsten Ländern?

Das können wir bereits beobachten: Einige erleben große Rückschläge bei der Armutsbekämpfung oder der Nahrungsmittelsicherheit. Naturkatastrophen wie die Überschwemmung in Pakistan können eine Volkswirtschaft um Jahrzehnte zurückwerfen, was politische Spannungen und Extremismus fördert. Sri Lankas Staats-

pleite beispielsweise führte zu Massenprotesten und einer politischen Krise. Es liegt im globalen Interesse, solche Risiken zu minimieren.

Sie erwähnten, dass Sie gute Erfahrungen mit Staatsanleihen gemacht haben. Wie funktioniert das?

Wir beraten eine ganze Reihe von Ländern dabei, mit Anleihen auf den Markt zu gehen. Wegweisend waren Uruguays „Sustainability-Linked Per-



Illustration: E+Z, Bild mit KI generiert

Die internationale Gemeinschaft muss Differenzen überbrücken und weiter gemeinsam in die Zukunft investieren.

formance Bonds“, die wir gemeinsam mit der lateinamerikanischen Entwicklungsbank begleitet haben. Das Land verpflichtete sich, CO₂-Emissionen zu senken und die Forstfläche zu erweitern. Erfolg führt zu niedrigeren Zinsen, Misserfolg zu höheren Zinsen. Der Bond wurde mit 1,5 Milliarden Dollar auf den Markt gebracht und dreifach überzeichnet – ein Modell, das inzwischen große Beachtung findet. Das zeigt: Der Markt für nachhaltige Finanzierungen wächst stetig. Voraussetzung für solch einen Ansatz ist aber eine Volkswirtschaft, die Kapital produktiv einsetzen und Rendite erzielen kann.

„Wir müssen uns mit der prekären Situation der ärmsten Länder auseinandersetzen. Diese Staaten laufen Gefahr, immer weiter zurückzufallen.“

Ein zentrales Anliegen des FfD-Prozesses war, die nötige Finanzierung für die 17 Entwicklungsziele (SDGs) bereitzustellen. Diese werden bis 2030 wohl nicht erreicht. Sind die SDGs gescheitert?

Viele sehen das so, weil bisher nur 17 Prozent der Ziele auf Kurs sind. Dabei übersieht man aber, wie viel sich auf nationaler Ebene getan hat. Und man übersieht die Bedeutung der SDGs als Leitlinie: Die Agenda hat uns einen Rahmen gegeben – eine Orientierung, um selbst in turbulenten Zeiten gemeinsam voranzukommen.

Welche konkreten Erfolge konnten bisher erzielt werden?

Die globale Nahrungsmittelproduktion reicht für die mittlerweile 8 Milliarden Menschen auf der Welt, die Lebenserwartung steigt, und immer mehr Kinder weltweit gehen länger

zur Schule. In der Region Lateinamerika und Karibik stammen heute 60 Prozent des Stroms aus sauberen Quellen – das ist doppelt so viel wie der globale Durchschnitt –, und in einigen afrikanischen Ländern liegt der Anteil sogar bei 90 Prozent. Dazu gab es immensen technologischen Wandel: 1995 hatten nur 16 Millionen Menschen Internetzugang, heute sind es fast 6 Milliarden. Eine UNDP-Studie zeigt, dass 70 Prozent der SDG-Ziele durch Digitalisierung schneller und effektiver umgesetzt werden können. Öffentliche digitale Infrastruktur ist ein zentraler Entwicklungstreiber.

Was schließen Sie daraus?

Das alles zeigt: Wir leben nicht in einem Zeitalter der Perspektivlosigkeit! Die Voraussetzungen, um große Fortschritte zu machen, waren noch nie so gut. Umso wichtiger ist es, dass die Politik jetzt mehr Ruhe in die öffentliche Diskussion bringt. Anstatt Menschen gegeneinander aufzubringen, sollte sie dafür sensibilisieren, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind – und welche Potenziale das auch birgt.

In einer sich schnell wandelnden Weltlage steht im Sommer die FfD-Konferenz in Sevilla an.

Was sind Ihre Erwartungen an das internationale Treffen?

Die Konferenz ist in erster Linie eine Chance, wieder zusammenzufinden. Dafür sind vier Dinge wichtig:

- Die Frage sollte nicht nur sein, wie viel Geld bereitgestellt wird, sondern wie wir gemeinsam in die Zukunft investieren können. Dafür müssen wohlhabende Länder anerkennen, welchen erheblichen Beitrag Entwicklungsländer bereits selbst leisten. Sie investieren ein Vielfaches dessen, was internationale Klimafinanzierung bereitstellt. Internationale Zahlungen sind keine Almosen.

- Zweitens müssen wir uns mit der prekären Situation der ärmsten Länder auseinandersetzen. Diese Staaten laufen Gefahr, immer weiter zurückzufallen.
- Drittens müssen wir einen Weg finden, wie wir private Anleger, Investoren und Finanzmärkte mehr für Investitionen in Entwicklungsländern gewinnen können. Wenn die Kapitalmärkte sich zurückziehen, dann sind Milliarden von Menschen von dringend nötigen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschlossen.
- Viertens hoffe ich, dass wir uns in Sevilla noch einmal darauf verständigen können, dass wir trotz der geopolitischen Unterschiede und Wettbewerbskonflikte miteinander kooperieren wollen.

Der neue Entwurf für das Sevilla-Abschlussdokument ist ein Versuch, inmitten der globalen tektonischen Verschiebungen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Bei der COP29 wurde das unterschätzt: Man kann bei einer internationalen Konferenz nicht erwarten, dass sich in letzter Minute ein Kompromiss aus dem Nichts ergibt. Wenn ein Durchbruch aktuell nicht möglich ist, sollten wir zumindest Strategien entwickeln, um diesen in Zukunft zu ermöglichen. Das Ziel in Sevilla muss sein, einen konstruktiven Weg nach vorn aufzuzeigen.



ACHIM STEINER

leitet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).

undp.org



Illustration: E+Z, Bild mit KI generiert

Die BRICS+-Länder spielen eine zentrale Rolle für globale Entwicklung, zum Beispiel investieren sie in große Infrastrukturprojekte.

MULTILATERALISMUS

Die Rolle der BRICS+ bei der Entwicklungs- und Klimafinanzierung

Die BRICS+ stellen sich in der Debatte über globale Entwicklungsfinanzierung als Fürsprecher des globalen Südens dar. Tatsächlich könnte die sich verändernde Rolle der USA neuen Spielraum für den Block schaffen. Die anhaltende Expansion der BRICS+ stellt kollektives Handeln aber vor neue Herausforderungen.

VON ANDRÉ DE MELLO E SOUZA

Die BRICS+ setzen sich zusammen aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika plus Ägypten, Äthiopien, Iran, Indonesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Gruppe spielt eine zentrale Rolle bei globaler Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Mit etwa der Hälfte der Weltbevölkerung und etwa 40 Prozent des globalen BIP haben die BRICS+ das Potenzial, gemeinsam die globale Finanzarchitektur und Zielsetzungen zu gestalten. Darüber hinaus sind die BRICS+-Länder histo-

risch gesehen für einen beträchtlichen Teil der globalen CO₂-Emissionen in absoluten Zahlen verantwortlich.

Die Ursprünge der Gruppe standen im Zusammenhang mit Bemühungen um eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Gründungsmitglieder hielten die seit 2010 durchgeführten Reformen jedoch für unzureichend. Insbesondere gelang es nicht, die Entschei-

dungsbefugnisse in diesen Institutionen neu zwischen den Ländern zu verteilen. Sie sind nach wie vor stark auf OECD-Länder ausgerichtet – insbesondere auf die USA, das einzige Land mit Vetorecht sowohl in der Weltbank als auch im IWF.

Als Reaktion darauf beschlossen die BRICS, ihre eigenen Finanzinstitutionen zu gründen. Die New Development Bank (NDB) soll die Investitionslücke im Bereich Infrastruktur im globalen Süden schließen, und das Contingent Reserve Arrangement (CRA) soll die Mitglieder vor globalem Liquiditätsdruck schützen.

BRICS+ UND KLIMAFINANZIERUNG

Nach dem Climate Agenda in Modern Conditions Forum in Moskau im vergangenen Jahr verabschiedeten die BRICS ein Rahmendokument zu Klima und nachhaltiger Entwicklung. Es umfasst wichtige klimapolitische Aspekte, darunter einen gerechten Übergang („just transition“), eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes, Anpassung an Klimafolgen und Kohlenstoffmärkte. Der Block erkennt auch die Legitimität des Rahmenübereinkommens der UN über Klimaänderungen (UNFCCC) an, einschließlich der jährlichen Klimakonferenzen (COP – Conference of the Parties).

Während die Notwendigkeit, auf erneuerbare Energiequellen umzusteigen, bei Klimakonferenzen eine Schlüsselrolle spielt, ist der Anteil fossiler Brennstoffe am Energiemix in einigen BRICS-Ländern allerdings nach wie vor hoch. Unter den vier ursprünglichen BRIC-Staaten und Südafrika hat letzteres den höchsten Anteil (94 Prozent), gefolgt von Indien (89 Prozent), Russland (87 Prozent) und China (82 Prozent). Der Anteil Brasiliens liegt nur bei 49 Prozent, vor allem weil das Land in großem Umfang Wasserkraft nutzt.

Während die Klimafinanzierung in internationalen Verhandlungen zuletzt zunehmend von der Entwicklungsfinanzierung abgekoppelt wurde, sehen manche BRICS+-Staaten die beiden als untrennbar miteinander verbunden an. Ihrer Ansicht nach ist die Klimafinanzierung ein integraler Bestandteil der Entwicklungsfinanzierung. Der Block zeigt sich auch besorgt über Versuche, internationale Sicherheitsfragen mit der Klimafinanzierung und der Klimagenda zu verknüpfen.

Die BRICS+ befürworten eine Aufstockung der Mittel, um den am stärksten gefährdeten Ländern zu helfen, ihre Klimaziele zu erreichen und sich an den Klimawandel anzupassen. Die Gruppe fordert außerdem einen besseren Zugang zu vergünstigten Darlehen von Entwicklungsbanken und eine Kreditvergabe, die nicht an zusätzliche Bedingungen geknüpft ist. Sie setzt sich mehr für Mittel zur Anpassung an den Klimawandel ein als für Dekarbonisierung.

Mit Ausnahme von Russland sind die BRICS+-Länder Teil der G77, des Zusammenschlusses der Entwicklungsländer innerhalb der UN. Als Teil dieser Gruppe unterstützten sie die Forderung nach 1,3 Billionen Dollar Klimafinanzierung pro Jahr bis 2035, die auf der COP29 in Baku im vergangenen Jahr gestellt wurde. Ebenso betonten sie die Notwendigkeit, diese Mittel durch öffentliche Zuschüsse bereitzustellen, nicht durch Darlehen oder private Finanzierung. Die COP29 verfehlte jedoch das Ziel von 1,3 Billionen Dollar und landete stattdessen bei 300 Milliarden Dollar.

„Brasilien wird die COP30 ausrichten und deshalb eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Mechanismen zur Klimafinanzierung spielen.“

BRICS+ KÖNNTEN POLITISCHE LÜCKE FÜLLEN

Der Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen nach Donald Trumps Wahlsieg eröffnet den BRICS+ – insbesondere China – die Möglichkeit, die politische Lücke zu füllen. China wehrt sich weiterhin vehement dagegen, mit den USA und anderen Ländern mit hohem Einkommen in einen Topf geworfen zu werden, die im Rahmen des Pariser Abkommens zu Klimafinanzierung verpflichtet sind. Allerdings ist China bereits einer der weltweit größten Investoren im Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen im globalen Süden – auch wenn es fast ausschließlich solche Finanzierungsmodelle bevorzugt, die letztlich seiner eigenen Wirtschaft zugutekommen.

Brasilien wird im November dieses Jahres die COP30 in Belém ausrichten und deshalb eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Mechanismen zur Klimafinanzierung spielen. Brasilianische Vertreter haben sich für Mechanismen ausgesprochen, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer eingehen. Es ist daher zu erwarten, dass sie sich auf der COP30 für soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen werden. Ob sie damit Erfolg haben werden, ist jedoch zweifelhaft. Tatsächlich gibt es viel Kritik an den unzureichenden Ergebnissen früherer COPs und der Struktur der COP als solcher.

BRICS+ UND ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Die Vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4), die vom 30. Juni bis 3. Juli in Sevilla stattfindet, ist vor allem den Bemühungen der G77 zu verdanken. Die Reform der multilateralen Finanzinstitutionen war das ursprüngliche und wichtigste Ziel der BRIC und wird auch auf der FfD4 eine der Prioritäten des Blocks sein.

Zugleich steht Multilateralismus eindeutig nicht mehr ganz oben auf der internationalen politischen Agenda.

Die BRICS+ und Entwicklungsländer außerhalb des Blocks drängen die UN seit Langem, Verhandlungen über internationale Steuerregelungen zu leiten, um mehr finanzielle Mittel für Entwicklung bereitzustellen. Während seiner G20-Präsidentschaft im Jahr 2024 schlug Brasilien vor, einen globalen Steuersatz von zwei Prozent für Milliardenäre einzuführen. Donald Trump wird sich einer solchen Maßnahme jedoch zweifellos widersetzen.

Ein weiteres Kernproblem der Entwicklungsfinanzierung ist übermäßige Staatsverschuldung. Laut OECD stieg die Zahl der Länder in Schuldennot von drei im Jahr 2015 auf elf im Jahr 2024, während die Zahl der Länder mit hohem Verschuldungsrisiko von 16 auf 24 stieg (OECD 2025). Die UN weist darauf hin, dass etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern leben, in denen die Regierungen mehr für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung oder Gesundheit. In ihrer Erklärung von Kasan aus dem Jahr 2024 erkannten die BRICS+ die Notwendigkeit eines erheblichen Schuldenerlasses an und forderten die Umsetzung des Gemeinsamen Rahmens der G20 für die Schuldenbehandlung (G20 Common Framework for Debt Treatment) „unter Beteiligung offizieller bilateraler Gläubiger, privater Gläubiger und multilateraler Entwicklungsbanken (MDBs) im Einklang mit dem Grundsatz des gemeinsamen Handelns und der gerechten Lastenverteilung“.

DEN EINFLUSS DES DOLLARS SCHWÄCHEN

Die BRICS+ versuchen auch, ihre Abhängigkeit vom Dollar zu verringern. Ihr unmittelbares Ziel ist es, die Währung in ihren bilateralen Transaktionen nicht mehr zu nutzen und ein stärker diversifiziertes Währungssystem anzustreben. Ein Grund dafür ist, dass die USA Finanzsanktionen gegen Russland verhängt haben. Dies sehen viele als Beispiel dafür, wie die USA den Dollar als „Waffe“ einsetzen, um ihre geopolitische und geoökonomische Dominanz zu festigen. Insbesondere China und Russland haben diese Dominanz in Frage gestellt. Die neuen BRICS+-Mitglieder verstärken die anti-amerikanischen Tendenzen der Organisation noch.

Im Februar gaben Indien und Russland jedoch bekannt, dass die BRICS derzeit nicht an der Entwicklung einer gemeinsamen Währung arbeiteten. Ihre Erklärungen folgten auf eine Drohung Donald Trumps, Zölle von 100 Prozent auf die BRICS-Mitgliedsländer zu erheben, falls diese versuchen sollten, den Dollar zu verdrängen.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BRICS+

Die globale Finanzwirtschaft war schon immer der Bereich, in dem die Interessen der BRICS am stärksten überein-

stimmten und in dem sie ihre größten Erfolge erzielten. Die Mitgliedsländer sind sich jedoch nicht in allen Fragen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung einig. So schlug Brasilien beispielsweise 2023 vor, eine gemeinsame Handels- und Investitionswährung innerhalb der BRICS zu schaffen, doch andere Mitgliedsländer, insbesondere Indien, lehnten diesen Vorschlag ab. Tatsächlich hatten die BRICS schon immer Probleme damit, kollektiv zu agieren – und die Erweiterung des Blocks hat diese Probleme erheblich verschärft.

Es gibt auch erhebliche Asymmetrien hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Macht innerhalb der BRICS+. Bei den meisten Entscheidungen setzt sich China durch, auch wenn es um die Erweiterung des Blocks geht. Mit Unterstützung Russlands ist es China daher gelungen, BRICS+ zunehmend zu einer politischen Kraft zu machen, die sich der US-Hegemonie widersetzt. Dies ist unangenehm für jene Mitglieder, die stärker von den USA abhängig sind, und es errichtet neue Hürden für gemeinsames Handeln. Da die Geopolitik alle anderen Themen auf der internationalen Agenda, einschließlich der globalen Finanzen, durchdringt (und dominiert), verschärfen sich diese Spannungen.

Nicht zuletzt stellen Trumps aggressive nationalistische Drohungen und Maßnahmen die BRICS+ zwar einzeln und als Block vor Herausforderungen, eröffnen aber auch Chancen. Die Entscheidung der USA, vermeintliche nationale Interessen zunehmend über multilaterale Zusammenarbeit zu stellen, könnte einen Spielraum schaffen, den die BRICS+ nutzen könnten. Der Block könnte so neue Wege finden, um Einfluss zu nehmen und zukünftige Agenden und Institutionen zu gestalten.

LINKS

XVI BRICS Summit Kazan Declaration, 2024: dirco.gov.za/xvi-brics-summit-kazan-declaration-strengthening-multilateralism-for-just-global-development-and-security-kazan-russian-federation-23-october-2024/

OECD, 2025: Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2025. oecd.org/en/publications/global-outlook-on-financing-for-sustainable-development-2025_753d5368-en/full-report.html



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen Denkfabrik in Brasilien.

X: @A_MelloeSouza

ROUNDTABLE

„Ein Umfeld gestalten, in dem Geld sinnvolle Veränderungen vorantreibt“

Ohne Entwicklung kann der Privatsektor nicht gedeihen, und ohne den Privatsektor kann ein Land keine eigenständige, nachhaltige Entwicklung erreichen. Beim ersten E+Z-Roundtable haben wir mit vier Experten aus dem Privatsektor über Chancen und Herausforderungen privatwirtschaftlicher Beteiligung an der Entwicklungsfinanzierung gesprochen – ein Thema, das angesichts des aktuellen Rückgangs der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung und der wachsenden Finanzierungslücke zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) immer mehr an Bedeutung gewinnt.

HELMY ABOULEISH, RICHARD RUGENDO, JAMES SHIKWATI UND BRUNO WENN
IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH UND KATHARINA WILHELM OTIENO



Illustration: E+Z, Bild mit KI generiert

Ohne Privatsektor keine Entwicklung: Wie lässt sich Rendite nachhaltig erwirtschaften?

Herr Abouleish, SEKEM vereint nachhaltig orientierte Unternehmen aus verschiedenen Branchen wie Textil, Pharma und Landwirtschaft. Ist das rentabel?

Helmy Abouleish: Meine Erfahrung der letzten 48 Jahre hat gezeigt, dass unsere Bioprodukte in allen Bereichen weder teurer noch weniger profitabel sind als konventionelle Produkte. Biologisch angebaute, zirkuläre und nachhaltige Produkte sind deutlich günstiger, wenn man alle Gesundheits- und Umweltkosten berücksichtigt. Wir müssen erkennen, dass diese Produktionsmethoden die Zukunft sind.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Abouleish: Wir unterstützen derzeit etwa 40 000 kleinbäuerliche Betriebe bei der Umstellung auf ökologischen und biodynamischen Landbau. Um das zu erleichtern, bieten wir den Landwirt*innen Zahlungen für Ökosystemleistungen an, insbesondere für CO₂-Gutschriften. Ein Kleinbauer in Ägypten beispielsweise, der etwa zwei Hektar Land besitzt, wird zögern, auf biodynamische Landwirtschaft umzustellen, da er in den ersten Jahren mit geringeren Erträgen und höheren Kosten rechnen muss. Unsere Lösung besteht aus zwei Teilen: Zunächst verkaufen die Landwirt*innen ihre biodynamischen Produkte weiterhin zum Marktpreis. Nach einem Jahr beginnen sie, Kohlenstoff im Boden zu binden, Bäume zu pflanzen, Kompost zu produzieren und die Methanemissionen zu reduzieren. Dafür erhalten sie Emissionsgutschriften, die ihre Rentabilität um 40 bis 50 Prozent steigern.

Das zeigt, wie sich Nachhaltigkeitsbestimmungen tatsächlich positiv auswirken können. Gibt es weitere regulatorische Änderungen, die effektiv zu wirtschaftlichem Wachstum beigetragen haben?

Abouleish: Auf der COP27 haben wir uns erfolgreich für ein Gesetz über einen freiwilligen CO₂-Markt in Ägypten eingesetzt. Unsere Finanzaufsichtsbehörde erkennt nun CO₂-Zertifikate als Finanzinstrumente an. Sie hat außerdem ein Akkreditierungs- und Verwaltungssystem geschaffen und an der ägyptischen Börse eine Plattform für den Handel mit CO₂-Zertifikaten eingerichtet. Zahlungen für Ökosystemleistungen können im Inland verkauft werden. Anstatt auf globale Käufer angewiesen zu sein, können ägyptische Unternehmen ihre Emissionen nun durch lokale Kohlenstoffbindung ausgleichen und so ein zirkuläres Nachhaltigkeitsmodell innerhalb der eigenen Wirtschaft schaffen. So kann unsere Initiative expandieren.

Bruno Wenn: Viele Regierungen haben auch das Engagement des Privatsektors in der Energieerzeugung ermöglicht.

Ein Beispiel ist Senegal, wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Regierung bei der Konzeption rechtlicher Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen im Energiesektor unterstützt hat. So nahmen netzunabhängige Lösungen auf dem Land enorm zu – hauptsächlich vom senegalesischen Privatsektor finanziert.

James Shikwati: Kenias meistzitiertes Beispiel ist M-Pesa, die von Safaricom entwickelte mobile Geldlösung. Die kenianische Regierung ermöglichte dem Privatsektor, Zugang zu Finanzmitteln durch Innovation zu verbessern. Obwohl die kenianische Zentralbank anfangs skeptisch war, ermöglicht M-Pesa heute Millionen von Transaktionen pro Tag. Menschen, die in Nairobi arbeiten, müssen Verwandten in sehr abgelegenen Teilen des Landes Bargeld nicht mehr selbst bringen. Sie können es über eine Plattform senden, die auf bestehenden kulturellen Praktiken und Unterstützungsmechanismen von erweiterten Familien aufbaut. Dem Privatsektor müssen Flexibilität und Innovationen ermöglicht werden, um Probleme von lokalen Gemeinschaften, Regierungen und Ländern anzugehen.

„Wenn lokale Banken Finanzierungen in Kenia-Schilling anbieten könnten für Importe von Kapitalgütern, wäre das ein Wendepunkt.“

Was braucht der Privatsektor noch, um zu florieren?

Wenn: Regierungen können Märkte schaffen, die wiederum erhebliche finanzielle Ressourcen innerhalb der Länder mobilisieren. In Westafrika gibt es etwa Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften mit beträchtlichem Kapital, aber begrenzten Investitionsmöglichkeiten in der Region. Wenn es gut entwickelte Kapitalmärkte gäbe, könnten diese institutionellen Investoren Infrastrukturprojekte, insbesondere im Energiesektor, durch den Kauf von Anleihen finanzieren.

Dadurch würden lokale Währungsreserven erschlossen und Währungsinkongruenzen vermieden, die zu Problemen und unhaltbaren Auslandsschulden führen können. Nehmen wir die Situation von Herrn Rugendo: Wenn er Maschinen aus Europa kaufen möchte, benötigt er meist Fremdwährung. Seine Einnahmen erzielt er aber in der lokalen Währung, sodass er mit einer Währungsinkongruenz konfrontiert ist. Wenn lokale Banken Finanzierungen in Kenia-Schilling anbieten könnten für Importe von Kapitalgütern, wäre das ein Wendepunkt.

Shikwati: Die Währungen afrikanischer Länder können bei internationalen Transaktionen meist nicht direkt umgetauscht werden, was sie auf den globalen Märkten praktisch wertlos macht. Wenn lokale Währungen nicht international gehandelt werden können, bleibt finanzielle Nachhaltigkeit schwierig. Das schränkt das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) ein, da es für sie schwieriger ist, Ausstattung zu importieren oder sich zu erweitern.

Richard Rugendo: Wir müssen auch in Humankapital investieren. Eine gesunde, gut ausgebildete Bevölkerung ist Voraussetzung für Produktivitätssteigerung und Innovation. Ohne sie werden auch die besten Finanzmechanismen nur begrenzte Wirkung haben.

Welche Rolle spielen regionale Wirtschaftsgemeinschaften?

Wenn: Eine bedeutende Zugang zu Märkten ist für Unternehmenswachstum wesentlich, daher ist eine länderübergreifende Infrastruktur wichtig. Aber selbst wenn es eine solche gibt, verbringen LKW etwa in Ostafrika oft Tage an Grenzübergängen, weil es zwischen Nachbarländern unterschiedliche Regulierungsstandards gibt. Regionale Wirtschaftsgemeinschaften sollten einheitliche Standards einführen. Das würde die bürokratische Ineffizienz verringern, die die Kosten für die Verbraucher*innen in die Höhe treibt.

Rugendo: Als Unternehmer halte ich Initiativen wie die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) für wichtig. In der Lebensmittelindustrie führt Bürokratie oft zu enormen Verzögerungen an den Grenzen. Verderbliche Waren können dann nicht mehr verkauft werden.

Finanzierungsmodelle für Klima und Entwicklung werden oft kritisiert. Herr Shikwati, was läuft auf der internationalen Ebene schief?

Shikwati: Bestehende Modelle scheinen darauf ausgelegt, Märkte für wohlhabendere Länder zu entwickeln, anstatt einkommensschwachen Ländern zu ermöglichen, eigene Märkte für eigene Produkte zu entwickeln. Nehmen wir etwa Ernährungssicherheit: Entwicklungsfinanzierung priorisiert tendenziell den Anbau von Cash Crops wie Weizen, Zuckerrohr oder Baumwolle. Der Anbau dieser Pflanzen in Subsahara-Afrika erfordert jedoch ökologische Veränderungen, die den Klimawandel beschleunigen. Einheimische Pflanzen sind an die lokalen Bedingungen angepasst. Wenn wir uns aber für Sorten wie Augenbohnen oder Jute malven einsetzen, werden sie von Finanzierungsinstitutionen oft abgelehnt. Das wirft die Frage auf, wem Entwicklung eigentlich dient. Schaffen wir Märkte für Industrie-

nationen oder verhelfen wir armen Ländern zu ihren eigenen? Entwicklungsfinanzierung muss einen Mentalitätswandel durchlaufen, um selbsttragendes, lokal ausgerichtetes Wachstum zu unterstützen.

Können Sie das erläutern? Wie kann Entwicklungsfinanzierung zum Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen beitragen und positive wirtschaftliche Entwicklung bewirken?

Shikwati: Entwicklungsfinanzierung ist häufig auf Beratung aus Industrieländern angewiesen, die so den Expertenrat zu Nachhaltigkeitsstrategien monopolisiert. Der Ansatz führt eher zu oberflächlicher Konformität als zu echter Übernahme. Regierungen in Afrika kopieren politische Maßnahmen aus Europa und den USA und ignorieren dabei lokale Gegebenheiten. Nachhaltigkeitsstrategien müssen kontextspezifisch sein, auf das Wissen indigener Gemeinschaften zurückgreifen und auf Bedingungen vor Ort passen, anstatt bloße Importe aus Industrieländern.

Wenn: Richtlinien, wie sie von europäischen Entscheidungstragenden beschlossen werden, können für Unternehmen in Entwicklungsländern zum Albtraum werden. Die Anzahl an Standards und Complianceanforderungen führt zu hohen Kosten, die Wachstum hemmen. Die wichtigsten Privatunternehmen sind lokale Unternehmen. Die Schlüsselfrage für Entwicklungsfinanzierung muss lauten: Wie können wir ihnen helfen, zu wachsen? Die Antwort: durch Förderung von Rechtssicherheit, vorhersehbarer Besteuerung, guten Geschäftsbedingungen und Investitionen in Infrastruktur.

Herr Rugendo, Sie haben Unterstützung von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen erhalten, etwa von der DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft). Welche Herausforderungen gab es dabei?

Rugendo: Wir müssen uns mit Verzerrungen bei der Entwicklungsfinanzierung befassen. Selbst wenn eine Institution Mittel zu angemessenen Bedingungen bereitstellt, sind Zinssätze oft überhöht, wenn sie über Geschäftsbanken an Unternehmen weitergegeben werden. Banken streben natürlich nach Gewinn – aber wenn ein Teil ihrer Mittel aus Entwicklungsgeldern stammt, sollten wir uns fragen, ob sie wie vorgesehen verwendet werden.

Wenn: Entwicklungsfinanzierung hängt von den Bankensystemen in Entwicklungsländern ab. Entscheidend ist, ob diese Banken in der Lage sind, KMU zu unterstützen. Es geht aber nicht nur um die Banken, sondern auch um Regierungspolitik. Nehmen wir das Beispiel einiger afrikanischer

scher Länder, in denen Finanzministerien oft Staatsanleihen zu hohen Zinssätzen ausgeben. Wie können wir von Banken vor Ort erwarten, dass sie das höhere Risiko und die kompliziertere Vergabe von Kleinkrediten an KMU übernehmen, wenn sie auch risikolose Staatsanleihen kaufen könnten? Deshalb ist die Politik von Bedeutung. Regierungen müssen eine umsichtige Finanzverwaltung umsetzen, die nicht alle inländischen Finanzmittel absorbiert, sondern sicherstellt, dass Kapital für den Privatsektor verfügbar bleibt.

Wie könnte das funktionieren?

Wenn: In Indien werden Banken dazu angehalten, mehr Finanzmittel für KMU bereitzustellen. Die indische Zentralbank schreibt vor, dass ein Teil der Bankportfolios für solche Unternehmen verwendet werden muss. Die Mobilisierung inländischer Ressourcen wird von politischen Verantwortlichen in Geberländern oft übersehen. In Entwicklungsländern ist viel Kapital vorhanden. Die Frage ist aber, wie diese Ressourcen für Entwicklung mobilisiert werden können. Wo immer eine Marktnachfrage besteht, tauchen Unternehmen auf, um sie zu decken. Ich frage mich, warum Regierungen das nicht effektiver nutzen: Warum werden Unternehmen nicht aktiv in die Bereitstellung von sauberem Wasser, Bildung oder Gesundheitsversorgung eingebunden? Gewinnerorientierte Modelle und Entwicklungsziele sind nicht unbedingt gegensätzlich.

In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen gibt es bereits viele öffentlich-private Finanzierungsmodelle, die etwa Gesundheits- und Bildungsdienste unterstützen. Diese Privatisierung birgt aber Probleme, da arme Menschen selten dafür bezahlen können. Wie kann sichergestellt werden, dass die von Privatunternehmen angebotenen Dienstleistungen für alle zugänglich sind?

Shikwati: Es braucht einen starken Regulierungsrahmen, der Transparenz und Rechenschaftspflicht gewährleistet. Nehmen wir noch einmal M-Pesa – die kenianische Zentralbank hat Maßnahmen eingeführt, um fairen Wettbewerb und Verbraucherschutz zu gewährleisten. Regierungen müssen immer Unternehmen regulieren, nicht umgekehrt.

Wenn: Ich stimme zu, aber der Privatsektor kann nur dann einen Beitrag zu öffentlichen Dienstleistungen leisten, wenn ein solides und unabhängiges regulatorisches Umfeld vorhanden ist. Das bedeutet, dass die Einmischung der Regierung begrenzt werden sollte, sobald die Regeln festgelegt sind. Die Regulierung muss Transparenz, Beschaffungswesen und gegenseitige Kontrolle umfassen, um Missbrauch zu verhindern.

Trotz aller Hindernisse stellt sich der Privatsektor weiterhin den Herausforderungen. Was motiviert aufstrebende und erfahrene Unternehmer*innen?

Abouleish: Der Schlüssel liegt darin, eine Vorstellung von der Zukunft zu haben. Wenn man weiß, wie die Dinge in 20 Jahren aussehen sollen, gibt diese Vision Sinn, Antrieb und Mut. Wir erschaffen die Welt um uns herum. Verantwortungsübernahme – für die eigene Zukunft, das eigene Schicksal und die eigene Wirkung – ist ein entscheidender Ausgangspunkt.

Rugendo: Um Barrieren zu überwinden, ist eine Kombination aus Marktentwicklung, Führung, Engagement, Innovation und Verbrauchereinbindung erforderlich. Ein nachhaltiges und sozial verantwortliches Geschäftsumfeld entsteht nicht von selbst – es muss gestaltet werden. Sowohl der Privatsektor als auch die Behörden können viel tun. Wir leben in einem globalen Dorf, und die Märkte sind miteinander verbunden.

Herr Wenn, was muss die internationale Gemeinschaft im Auge behalten?

Wenn: Der Privatsektor ist für die Entwicklung von entscheidender Bedeutung, da er sowohl Einkommen als auch Arbeitsplätze schaffen kann. Was wir brauchen, ist Dialog: Entwicklung kann nicht von Regierungen allein erreicht werden; Lösungen müssen in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor geschaffen werden. Das Problem ist nicht der Geldmangel – es geht darum, ein Umfeld zu gestalten, in dem Geld sinnvolle Veränderungen vorantreibt.



HELMY ABOULEISH

ist Unternehmer und CEO der ägyptischen Initiative SEKEM.

pr@sekem.com



RICHARD RUGENDO

ist Unternehmer und Gründer von Kevian Kenya Limited.



JAMES SHIKWATI

ist Gründer und Direktor des Inter Region Economic Network (IREN Kenya).

james@irenkenya.com



BRUNO WENN

ist ehemaliger Vorsitzender der EDFI, der European Development Finance Institutions.

deginvest.de

FINANCING FOR DEVELOPMENT CONFERENCE

Ideen für eine Reform der Schuldenpolitik

Mehr Ausgaben für Zinszahlungen als für Bildung oder Gesundheit, das ist in vielen ärmeren Ländern heute normal. Wie sich internationale Schuldenpolitik verändern sollte – und weshalb die Vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) dafür der geeignete Ort ist.

VON KATHRIN BERENSMANN

Die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft, nicht zuletzt durch multiple Krisen wie die Coronapandemie, den Krieg in der Ukraine und die Klimakrise. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank schätzen, dass mehr als die Hälfte der Länder mit niedrigen Einkommen hoch verschuldet sind. Vor zehn Jahren waren es nur 30 Prozent.

Diese Krisen haben einen dringenden Bedarf an umfangreichen öffentlichen Ausgaben geschaffen. Zugleich haben sie aber auch das makroökonomische Umfeld verändert und zu höheren Zinssätzen geführt. Entwicklungsländer müssen für Auslandskredite durchschnittlich dreimal so hohe Zinskosten schultern wie Industrieländer (Spiegel und Schwank 2022). Dies schränkt ihren Zugang zu den internationalen Finanzmärkten ein und erhöht die Schuldendienstzahlungen.

Das Geld, mit dem Entwicklungsländer ihre Schulden bezahlen, fehlt ihnen an anderer Stelle – insbesondere für Investitionen in nachhaltige Entwicklung. Im Jahr 2023 gaben laut den Vereinten Nationen 54 Entwicklungsländer mehr als zehn Prozent ihrer Staatseinnahmen für Nettozinszahlungen aus, darunter 25 afrikanische Länder (UNCTAD 2024). Im Jahr 2024 gaben 92 Länder Schätzungen zufolge mehr für den externen Schuldendienst aus als für Investitionen in die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) (OECD 2025).

Die Vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) im Juni in Sevilla bietet die Chance, die globale Schuldenpolitik zu reformieren. Da ein breites Spektrum an Interessengruppen beteiligt ist, besteht die Gelegenheit, Lösungsansätze zu diskutieren und ein gemeinsames Verständnis über Reformen herzustellen. Besonders wichtig wäre es, erstens, bestehende Instrumente zu verbessern und, zweitens, einheitliche Prinzipien für den globalen Umgang mit Schulden zu etablieren.

„Das Geld, mit dem Entwicklungsländer ihre Schulden bezahlen, fehlt ihnen an anderer Stelle – insbesondere für Investitionen in nachhaltige Entwicklung.“

BESTEHENDE MASSNAHMEN VERBESSERN

Das G20 Common Framework for Debt Treatments ist derzeit das einzige Instrument für eine umfassende Umschuldung von Staatsschulden. Die G20 hat diesen gemeinsamen Rahmen im Jahr 2020 verabschiedet. Er legt die

Was statt Schulden alles finanziert werden könnte: Viele Länder geben mehr für Zinszahlungen aus als für Bildung.



Illustration: E+Z, Bild mit KI generiert

Regeln für Umschuldungen und Schuldenerlasse für hochverschuldete Niedrigeinkommensländer fest.

Ein wichtiges Ziel war es, alle G20-Länder einzubeziehen. Vorher wurden Schuldenumstrukturierungen meist im Pariser Club vereinbart, dem nur westliche Industrieländer angehören. Andere G20-Länder wie Indien, China und Saudi-Arabien blieben außen vor. Diese Länder wurden aber in den vergangenen 15 Jahren zu wichtigen Gläubigern der Entwicklungsländer.

Trotz der Einführung des G20-Rahmens haben bisher nur vier Schuldnerländer daran teilgenommen: Tschad, Äthiopien, Ghana und Sambia. Die Hauptgründe für die geringe Beteiligung sind die typischen Herausforderungen von Umschuldungsmechanismen. Dazu zählen Koordinationsprobleme zwischen den Gläubigern, mangelnde Transparenz über die Schulden-situation und die ungleiche Beteiligung verschiedener Gläubigergruppen. Laut einer Weltbank-Studie aus dem Jahr 2021 hatten damals fast 40 Prozent der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen entweder noch nie Daten zur Verschuldung auf ihren Websites veröffentlicht oder ihre Daten in den beiden vorhergehenden Jahren nicht aktualisiert.

MEHR TRANSPARENZ

Zu den nötigen Reformen des G20 Common Frameworks gehört vor allem, die Transparenz von Schuldenvereinbarungen zu erhöhen: Es braucht eine bessere Koordinie-

rung der Informationen über Schuldenvereinbarungen zwischen Gläubigern und Schuldern (Berensmann 2024). Im Zero-Draft-Dokument der FfD4 wird etwa die Einrichtung eines zentralen internationalen Schuldenregisters gefordert (UN 2025). Es könnte bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angesiedelt werden (Berensmann 2024).

Des Weiteren sollten für private Gläubiger Anreize geschaffen werden, sich an Umstrukturierungen zu beteiligen. Dazu gehört beispielsweise die Umsetzung von Anti-Geier-Gesetzen. Diese begrenzen die Möglichkeiten von Gläubigern, Verhandlungsprozesse und -ergebnisse zu stören. Da einige Länder mit mittlerem Einkommen ebenfalls hoch verschuldet sind, sollten auch die Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen Zugang zum G20 Common Framework erhalten (Berensmann 2024).

Um der Verschuldungs- und der Klimakrise gleichzeitig zu begegnen, gilt es zudem, Umschuldung besser mit Entwicklungs- und Klimazielen zu verknüpfen:

1. Schuldnerländer sollten dazu verpflichtet werden, Schuldenerleichterungen zu nutzen, um fiskalischen Spielraum für die Erreichung der SDGs (oder speziell der Klimaziele) zu schaffen.
2. Die Schuldentragfähigkeitsanalyse von Weltbank und IWF sollte Klimarisiken besser einbeziehen – und auch die

Höhe der Investitionen eines Landes in Anpassung an Klimafolgen.

3. Climate-resilient Debt Clauses sollten in Staatsanleiheverträge aufgenommen werden. Das bedeutet: Länder können Schuldentilgungen aufschieben, falls ein vorher definierter Klimaschock oder eine Naturkatastrophe eintritt (Berensmann 2024). Auch das Zero-Draft-Dokument der FfD4 erwähnt Klauseln, die es in Krisenzeiten erlauben, den Schuldendienst auszusetzen.

EINHEITLICHE PRINZIPIEN FÜR DEN UMGANG MIT SCHULDEN

Die FfD-Verhandlungen sind ein inklusiver Prozess, an dem viele öffentliche und private Akteure beteiligt sind. Deshalb bietet die FfD4-Konferenz in Sevilla eine gute Gelegenheit, universelle Prinzipien für die Kreditvergabe und -aufnahme durch Staaten zu entwickeln und Vorschläge für ihre Umsetzung zu machen. Im Zero-Draft-Dokument der FfD4 wird vorgeschlagen, hierfür eine Arbeitsgruppe einzurichten.

Diese Prinzipien sollten beispielsweise darlegen, wie Verhandlungen über Schuldenumstrukturierungen geführt, Informationen ausgetauscht und eine faire Behandlung der Gläubiger sichergestellt werden kann. Sie würden für alle Marktteilnehmer vor und während einer Schuldenkrise gelten und sollten auch in andere Instrumente eingebunden werden, zum Beispiel in Staatsanleihen. Die Prinzipien könnten helfen, Schuldenkrisen zu lösen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen Gläubigern und Schuldern verbessern und zeigen, wie Umstrukturierungen funktionieren. Auch das G20 Common Framework sollte mit solchen universellen Prinzipien verknüpft werden.

Bei der Umsetzung gibt es zwei wesentliche Probleme: Erstens existiert derzeit eine ganze Reihe unterschiedlicher Prinzipien nebeneinander, von denen einige erst vorgeschlagen wurden und andere bereits umgesetzt sind. Dazu gehören Grundsätze der Vereinten Nationen, der G20, der OECD und des Institute of International Finance, ein weltweiter Zusammenschluss internationaler Finanzinstitute. Die Anwendung unterschiedlicher Prinzipien für das Verhalten vor und während einer Schuldenkrise verunsichert allerdings sowohl Gläubiger als auch Schuldner. Daher ist eine Vereinheitlichung auf Basis der bestehenden Vorschläge nötig.

Zweitens existieren momentan keine angemessenen Anreize für Gläubiger und Schuldner, sich an derartige Prinzipien zu halten. Dem ließe sich begegnen mit

- einer öffentlichen Liste jener Länder, die sich an diese Prinzipien halten,

- einer Ermutigung der Ratingagenturen, die Einhaltung dieser Prinzipien in ihren makroökonomischen Analysen zu berücksichtigen,
- der Aufnahme dieser Prinzipien in die Verträge für Staatsanleihen sowie
- der Aufnahme dieser Prinzipien in die Kreditvergabe- politik der Internationalen Finanzinstitutionen, wie dem IWF (Berensmann 2024).

Die Vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) bietet als breit angelegter und inklusiver Prozess eine hervorragende Gelegenheit, Reformen der globalen Schuldenarchitektur zu diskutieren und auf den Weg zu bringen. Vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Spannungen sollte diese Chance nicht vertan werden.

LINKS

Spiegel, S., und Schwank, O., 2022: Bridging the 'great finance divide' in developing countries. Brookings Institution. [brookings.edu/articles/bridging-the-great-finance-divide-in-developing-countries/](https://www.brookings.edu/articles/bridging-the-great-finance-divide-in-developing-countries/)

UNCTAD, 2024: A world of debt report 2024. unctad.org/publication/world-of-debt

Berensmann, K., 2024: Reforming the global debt governance system: Exploring effective and feasible policy solutions. IDOS. [FfD4 input elements paper Debt and Debt Sustainability_IDOS_Kathrin Berensmann_15-10-2024](https://www.idos-research.de/publications/ffD4-input-elements-paper-Debt-and-Debt-Sustainability_IDOS_Kathrin-Berensmann_15-10-2024)

UN, 2025: FfD4 Outcome Document – Zero Draft. [financing.desa.un.org/document/ffd4-outcome-document-zero-draft](https://www.financing.desa.un.org/document/ffd4-outcome-document-zero-draft)

OECD, 2025: Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2025. [oecd.org/en/publications/global-outlook-on-financing-for-sustainable-development-2025_753d5368-en.html](https://www.oecd.org/en/publications/global-outlook-on-financing-for-sustainable-development-2025_753d5368-en.html)



KATHRIN BERENSMANN ist Senior Researcher und Projektleiterin beim German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

kathrin.berensmann@idos-research.de

Glossar: Entwicklungs- finanzierung

Noch nie von „Blended Finance“ gehört? Und was bedeutet eigentlich „inländische Ressourcen mobilisieren“? Vom 30. Juni bis zum 3. Juli 2025 findet die Vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) statt. Damit Sie optimal vorbereitet sind, erklären wir hier einige der wichtigsten Begriffe.

VON YABIBAL M. WALLE

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

beinhaltet die Finanzierung von Maßnahmen, Strategien und Reformen sowie privatwirtschaftlichen Aktivitäten, die der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung dienen. Die Gelder stammen aus öffentlichen und privaten sowie inländischen und internationalen Quellen:

1. Inländische öffentliche Mittel sind Haushaltsgelder und stammen meist zum größten Teil aus Steuereinnahmen. Darüber hinaus gibt es Einnahmen aus Gebühren, Mieten, Bußgeldern sowie staatlichen Unternehmen. Eine weitere Quelle sind im Inland aufgenommene Kredite – wenn also Staaten Staatsanleihen oder Wertpapiere an inländische Banken, Pensionsfonds, Unternehmen oder die Öffentlichkeit verkaufen.

2. Inländische private Mittel umfassen alle inländischen Investitionen von Unternehmen sowie deren inländische Kreditaufnahme.

3. Internationale öffentliche Mittel umfassen öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA), Gelder aus Süd-Süd-Kooperationen (SSC) und Kredite, die Staaten im Ausland aufnehmen.

4. Internationale private Mittel umfassen ausländische Direktinvestitionen (FDI) privater Unternehmen, Portfolioinvestitionen, Rücküberweisungen von Migrant*innen an ihre Familienmitglieder und Freund*innen im Inland, internationale Kreditaufnahme und philanthropische Mittel.

KLIMAFINANZIERUNG

ist die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Zu den Instrumenten gehören Emissionshandel, Risikoversicherungen, Katastrophenanleihen, Klimaresilienzfonds und Schuldenumwandlungen. Im Jahr 2009 verpflichteten sich die Geberländer auf der 15. UN-Weltklimakonferenz (COP15) in Kopenhagen, bis zum Jahr 2020 gemeinsam 100 Milliarden Dollar pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Dieses Ziel wurde 2022 erreicht. Die Finanzierungslücke für Klimaschutzmaßnahmen beläuft sich dennoch auf mehrere Billionen Dollar pro Jahr. Entwicklungsländer fordern zudem, dass die öffentlichen Mittel für Klimafinanzierung zusätzlich zur – und nicht statt der – öffentlichen Entwicklungsfinanzierung (ODA) geleistet werden.

OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE (ODA)

wird umgangssprachlich auch „Entwicklungshilfe“ genannt: ODA bezeichnet die finanzielle Unterstützung, die öffentli-

che Geber – einzelne Staaten, Staatengemeinschaften oder multilaterale Organisationen wie die Weltbank – Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zur Verfügung stellen, um deren Entwicklung zu fördern. Gefördert werden Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, nicht aber beispielsweise das Militär. ODA wird entweder in Form von Zuschüssen oder von zinsgünstigen Darlehen gewährt. Letztere müssen ein Zuschusselement von mindestens zehn Prozent für Länder mit mittleren Einkommen und 45 Prozent für Länder mit niedrigen Einkommen enthalten.

ODA ist eine solide, aber langsam wachsende Finanzierungsquelle, die 2023 rund 223 Milliarden Dollar erreicht hat. Dies entspricht etwa 0,37 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geberländer, womit sie weit hinter dem langjährigen UN-Ziel von 0,7 Prozent zurückliegt. Seit Langem fordern die Entwicklungsländer daher eine Erhöhung. Da in jüngster Zeit zudem ein erheblicher Teil der ODA in die Ukraine geflossen ist, fordern sie, dass die Geber ein weiteres UN-Ziel nicht aus den Augen verlieren: Mindestens 0,2 Prozent des BNE sollen sie für am wenigsten entwickelte Länder bereitstellen.

INLÄNDISCHE RESSOURCEN

sind die bei weitem wichtigste Quelle für Entwicklungsfinanzierung. Sie umfassen sowohl öffentliche als auch private inländische Einnahmen. Um die öffentlichen Mittel zu erhöhen, können Staaten beispielsweise die Steuerbasis verbreitern, den informellen Sektor in die formelle Wirtschaft integrieren oder die Steuerpolitik und -verwaltung stärken. Um die privaten Einnahmen zu erhöhen, ist es notwendig, den inländischen Finanzsektor zu stärken und eine Grundlage für inländische Ersparnisse zu schaffen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Rahmenbedingungen,

die Investitionen in nachhaltige Entwicklung fördern können. Dazu gehören Transparenz, gute Regierungsführung, effektive Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit. In einer globalisierten Welt reichen nationale Maßnahmen jedoch nicht aus, um das volle Potenzial an inländischen Mitteln zu mobilisieren. Internationale Zusammenarbeit ist wichtig, um eine gerechte Steuerverteilung zwischen den Ländern zu erreichen und Steuerhinterziehung und -umgehung wirksam zu bekämpfen.

PRIVATSEKTOR (IN DER ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG)

Private Mittel für die Entwicklungsfinanzierung umfassen sowohl inländische als auch ausländische Investitionen aus der Privatwirtschaft, einschließlich Eigenkapital und Darlehen. Privatwirtschaftliche Finanzierung ist zwar in erster Linie gewinnorientiert, dennoch leistet sie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Sie schafft beispielsweise Arbeitsplätze und steigert das Wirtschaftswachstum und das Steueraufkommen, was wiederum die inländischen Staatseinnahmen erhöht. Der Privatsektor investiert teilweise direkt in Sektoren, die für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) relevant sind, wie Landwirtschaft, Industrie, Technologie, Infrastruktur und Energie.

BLENDED FINANCE

ist eine gemischte Finanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln. Die öffentlichen Mittel sollen dabei Privatsektorinvestitionen in nachhaltige Entwicklung mobilisieren. Investitionen, die sonst nicht rentabel wären, werden durch die öffentliche Beteiligung risikoärmer und attraktiver. Etwa durch zinsvergünstigte Darlehen, Garantien, Versicherungen, oder weil die öffentlichen Geber Erstverlustkapital übernehmen oder Zuschüsse für die Planungsphase ge-

Wie fließen internationale Geldströme? Unser Glossar zu Entwicklungsfinanzierung.

ben. Anfangs waren die Hoffnungen groß, dass auf diese Weise Billionen Dollar an privatem Kapital mobilisiert werden könnten. Bislang konnte dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden: Durch Mischfinanzierungen wurden zwischen 2015 und 2024 nur etwa 231 Milliarden Dollar für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern mobilisiert, wovon wiederum nur ein verschwindend geringer Anteil an Länder mit niedrigen Einkommen ging.

INTERNATIONALE FINANZARCHITEKTUR (IFA)

bezeichnet die internationalen Regelungen und Institutionen, die die Stabilität und das Funktionieren der globalen Währungs- und Finanzsysteme gewährleisten. Dazu gehören der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Multilateralen Entwicklungsbanken (MDB), Finanzstandardsetzer wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie Gläubigergruppen, die sich mit Fragen der Staatsverschuldung befassen, wie der Pariser Club. Die Reform der internationalen Finanzarchitektur ist seit 2002 ein Kernthema des Prozesses der Entwicklungsfinanzierung. Es geht um die Bewältigung der Schuldenkrisen, den Zugang zu ausreichender MDB-Finanzierung, die Stärkung des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes durch einen integrativen und reaktionsfähigen IWF sowie um mehr Fairness und Transparenz bei den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen.

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSBANKEN (MDB)

sind internationale Finanzinstitutionen, die von einer Gruppe von Ländern gegründet wurden. Sie bieten Finanzmittel und technische Beratung, um die sozioökonomische Entwicklung von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu fördern. Zu den MDBs gehören die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken wie die Afrikanische Entwicklungsbank. Sie stellen unter anderem zinsvergünstigte Finanzierungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur bereit. Aufgrund ihrer hohen Kreditwürdigkeit können MDBs Kapital auf dem kommerziellen Markt zu wesentlich niedrigeren Zinssätzen aufnehmen als die meisten Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen selbst. MDB-Kredite haben in der Regel eine längere Laufzeit und finanzieren auch risikoreichere Projekte als private Investoren. Außerdem bieten sie antizyklische Unterstützung und stellen in Krisenzeiten mehr Finanzmittel zur Verfügung als sonst. Insgesamt haben die großen MDBs allein im Jahr 2022 rund 96 Milliarden Dollar an Krediten ausgezahlt.

SONDERZIEHUNGSRECHTE (SZR)

sind eine verzinsliche internationale Reservewährung. Sie wurden 1969 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geschaffen, um Mitgliedsländer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu unterstützen. Der Wert der SZR richtet sich nach einem Korb aus fünf Währungen: dem Dollar, dem Euro, dem chinesischen Renminbi, dem japanischen Yen

und dem britischen Pfund Sterling. Bislang hat der IWF nur vier allgemeine Zuteilungen genehmigt, in den Jahren 1970-72, 1979-81, 2009 und 2021. Die letzte Zuteilung in Höhe von rund 456 Milliarden SZR (etwa 650 Milliarden Dollar) diente dazu, während der Covid-19-Pandemie die weltweite Liquidität zu erhöhen. Die Höhe der einzelnen SZR-Zuteilungen entspricht den Quotenanteilen der Mitgliedsländer im IWF, die von den reicheren Ländern dominiert werden. Länder mit niedrigen Einkommen erhielten daher zusammen nur etwa 3,2 Prozent der jüngsten SZR-Zuteilungen. Dennoch haben sie davon profitiert, während viele reichere Länder ihre Zuteilungen gar nicht in Anspruch nehmen mussten. Um der ungleichen Verteilung der SZR entgegenzuwirken, haben reichere Länder zuletzt mehr als 100 Milliarden Dollar ihrer nicht genutzten SZR an Entwicklungsländer weitergegeben oder gespendet. Jedes Land, das seine SZR in Anspruch nimmt, muss dafür Zinsen zahlen – diese liegen für ärmere Länder aber in der Regel deutlich unter den Zinssätzen des freien Markts.

ÜBERSCHULDUNG UND ZAHLUNGSUNFÄHIGKEIT

Regierungen nehmen Kredite auf, um Investitionen in Wachstum und Entwicklung zu finanzieren. Sie müssen aber auch sicherstellen, dass sie ihre Schulden weiterhin bedienen können. Ein Land gilt als überschuldet, wenn es Schwierigkeiten hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Indikatoren dafür sind Zahlungsausfälle und Zahlungsrückstände. Verschlechtert sich die Situation, ist ein Land zahlungsunfähig: Es kann seinen Verpflichtungen auch mit politischen Anpassungen nicht mehr nachkommen. Bei Überschuldung ist eine Rückzahlung mit externer Hilfe noch möglich, bei Zahlungsunfähigkeit hingegen sind ein Schuldenerlass oder eine Umschuldung unausweichlich. Laut IWF waren 2024 mehr als die Hälfte der Länder mit niedrigem Einkommen entweder stark von Überschuldung bedroht oder bereits überschuldet, rund ein Viertel der Länder mit mittlerem Einkommen sind ebenfalls stark gefährdet.

LINKS

United Nations Resident Coordinator Office in Turkey, 2021: Development finance glossary. turkiye.un.org/en/215399-development-finance-glossary

UN, 2025: FfD4 Outcome Document – Zero Draft. financing.desa.un.org/document/ffd4-outcome-document-zero-draft



YABIBAL M. WALLE

ist Senior Researcher beim German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

yabibal.walle@idos-research.de